

Die **Volksmacht** erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- u. Feiertage. **Bezugspreis** einschließlich der illustrierten Beilagen „Die neue Welt“ und „Für unsere Frauen“ monatlich 75 Pfg., vierteljährlich 2,25 M., einschließlich Tragerlohn. In den Abholstellen monatlich 60 Pfg. Durch die Post bezogen vierteljährlich 2,25 M., einschließlich Bestellgeld. Einzelnummer 5 Pfg.

Volksmacht

Anzeigenpreise:
Die halbpaltene Beilagen 20 Pfg., für auswärts 30 Pfg., die halbpaltene Restameilagen 60 Pfg., für auswärts 70 Pfg. Anzeigen mit Illustrationen werden besonders berechnet.
Bei Wiederholungen Rabatt laut Tarif

Organ für die werktätige Bevölkerung der Provinz Westpreußen

Redaktion und Expedition
Paradiesgasse Nr. 32

Publikations-Organ der Freien Gewerkschaften

Beilagen: Die neue Welt, illustriertes Unterhaltungsblatt
Für unsere Frauen mit illustrierter Modenzeitung

Telephon für Redaktion
und Expedition 3290

Nr. 47

Danzig, Montag den 27. April 1914

5. Jahrgang

Eine Staatsubvention für Posen's Haus- agrarien

Der Abschied des Herrn v. Dallwitz

Am Freitag wurde im Dreiklassenparlament die Verhandlung über die Sekundärbahnvorlage unterbrochen und der Etat des Finanzministeriums beraten. Vom Zentrum, den Polen und der Sozialdemokratie wurde die Bewilligung der Ostmarkenzulage bekämpft. Bekanntlich bekommen die Beamten in der Provinz Posen und im größten Teil von Westpreußen (ausgenommen sind die Kreise Danzig-Stadt, Danzig-Niederung, Elbing-Stadt, Elbing-Land und Marienburg) 10 Prozent ihres Gehalts als widerrufliche „Ostmarkenzulage“. Jedem Beamten kann auf Anordnung seiner Vorgesetzten diese Zulage jederzeit wieder entzogen werden. Die Sache kommt darauf hinaus, daß die Beamten sich gezwungen fühlen, gegen die Sozialdemokratie und die Polen lebhaft zu agitieren, um ihre Ostmarkenzulage zu behalten. Auf den Beamten liegt so ein dumpfer Druck. Sie müssen sich zu einer manchem von ihnen vielleicht innerlich nicht sympathischen Agitation hergeben. Die Steuerzahler müssen die Gelder aufbringen, die besser zur Lösung von kulturellen oder Steuerermäßigungen für das Proletariat dienen würden. Aber die Besitzenden wollen Helfer in der Erziehung des Proletariats zu demütigen Gehältern. Die polnische Partei vertritt zwar die Interessen nur der wohlhabenden Polen, aber um sich populär zu machen, übt sie Kritik an den bestehenden Zuständen und erreicht so die ungewollte Wirkung, manchen Proletarier zum Nachdenken zu veranlassen und unserer Partei sowie den freien Gewerkschaften zuzutreiben.

Der freikonservative Abgeordnete v. Kardorff machte der Regierung zum Vorwurf, daß sie noch nicht scharf genug die Polen verfolgt. Hierauf antwortete der Finanzminister sehr erregt. Der Scharfmacher hatte dem Manne unrecht getan; preussische Minister leisten in Polenverfolgung das Menschenmögliche.

Die Nationalliberalen stellten den auch von den Konservativen, den Freikonservativen und der Fortschrittlichen Volkspartei unterstützten Antrag, der „Posener Kreditanstalt für städtische Hausbesitzer“ Staatskredit zu gewähren. Diese Bank gewährt nur deutschen Hausbesitzern in den polnischen Städten des Ostens Kredit; die polnischen bekommen nichts. Wenn nun die Polen schwerer Kredit bekommen wie die Deutschen, wird sich mancher entschließen, sein Haus an einen Deutschen zu verkaufen. Das ist der Zweck der Uebung. Derartige Maßnahmen wirken kränkend für das ganze polnische Volk, auch die polnischen Proletarier. Mit allen Mitteln sollen eben die Polen aus Posen und Westpreußen verdrängt werden; sie sollen gehindert werden, an Orten zu wohnen, in denen es viele Polen gibt. Man will sie zer Sprengen, damit sie die polnische Sprache verlieren und deutsch sprechen. Dem Unternehmertum ist es unbequem, wenn die Arbeiter kein Deutsch verstehen und die ihnen erteilten Weisungen nicht begreifen. Den hohen Beamten, Richtern usw. macht es viel Arbeit, wenn sie zu Verhandlungen mit den Leuten immer erst einen Dolmetscher zuziehen müssen. Die deutschen Geschäftsleute müssen sich in manchen Gegenden einen Angestellten halten, der Polnisch kann, oder selbst Polnisch lernen oder auf einen großen Teil der Kundenschaft verzichten. Daher die Polenpolitik!

Die Redner begründeten den Antrag mit dem merkwürdigen Vorwand, sie wollten damit die — Wohnungsnot bekämpfen. Wenn das ihre Absicht wäre, so wäre nicht verständlich, warum sie die gleiche Maßnahme nicht auch im Westen planen, da auch dort die Wohnungsnot sehr groß ist, wie Genosse Hue nachwies. Hue führte aus:

Herr v. Kardorff hat die gefällige Tendenz des vorliegenden Antrags klar enthüllt, und jeder Politiker, der die seit Jahrzehnten betriebene Hege gegen die Polen nicht mitmachen will, muß nun gegen den Antrag stimmen. Der Antrag soll scheinbar den Geldmangel der Hausbesitzer im Osten und damit die Wohnungsnot mildern. Im Westen wäre das noch viel nötiger, viele Familien konnten dort zum 1. April überhaupt keine Wohnung bekommen und mußten teilweise in gemeindlichen Gebäuden untergebracht werden. (Hört! hört! b. d. Soz.) Statt, daß der Antrag auf alle Provinzen ausgedehnt wurde, verlangt er nur eine neue Verschärfung des ungeligen Kampfes gegen die Polen.

Wir sind Freunde der inneren Kolonisation, der Stärkung eines wirklichen Bauernstandes und der Landwirtschaft. Wir haben auch in der Wohnungskommission verschiedene Anträge zur Milderung der Wohnungsnot gestellt. Aber alle diese Fragen werden in Rücksicht gebracht durch die Verquickung mit der ungeligen Hege gegen die Polen. Und unter einem solchen Antrag stehen auch fortschrittliche Unternehmungen! Im Westen tun die Nationalliberalen und Freikonservativen in Großindustriellen alles, um flämische Inseln im deutschen Westfalen zu schaffen; sie ziehen die Polen in Massen heran und lassen sie von den Deutschen ab, damit in ihnen nicht das Gemeinheitsgefühl mit den deutschen Arbeitern erwacht. Aus diesen Erwägungen lehnen wir den Antrag ab. (Bravo! b. d. Soz.)

Bergeblisch suchte der Fortschrittler Herr von H. es so hinzustellen, als ob der Antrag gar kein Kampfmittel gegen die Polen sei. Diese faule Ausrede widerlegte Genosse Braun, der

sich auch unter müßtem Lärm der entrüsteten Rechten über die Bauernfreundlichkeit der Konservativen äußerte:

Zur Linderung der Wohnungsnot wäre es viel besser, gemeinnützige Baugenossenschaften zu unterstützen. Auch die ostelbischen Großgrundbesitzer fordern die polnischen Landarbeiter von den Deutschen ab, damit sie nicht zur Wahrnehmung ihrer Interessen gelangen. Ihre (nach rechts) Bauernfreundlichkeit kennen wir. Sie halten ja die Bauern vom Kreis- und Provinziallandtag fern! (Widerpruch rechts.) Sie benutzen den Bauern nur als Werkzeug ihrer bauernfeindlichen Großgrundbesitzerpolitik. (Zustimmung b. d. Soz. — Unruhe rechts.)

Der Antrag auf Förderung jener Bank wurde der Budgetkommission überwiesen. Der Etat des Finanzmini-

Maifeier 1914

Zur 25. Maifeier rüstet das Proletariat in diesem Jahr. Seit dem Jahre 1889, wo die Feier auf dem internationalen Sozialisten-Kongress in Paris beschlossen wurde, ist das Proletariat der ganzen Kulturwelt organisatorisch gewaltig gewachsen. Aber in demselben Maße sind ihre Feinde und ihre Kämpfe gewaltiger geworden. Davon weiß das deutsche Proletariat das beste Lied zu singen. Wir gehen in Deutschland den ernstesten politischen Zeiten entgegen und der Kampf gegen die Arbeiterchaft ist mit leidenschaftlichem Haß auf der ganzen Linie entbrannt. Das deutsche Proletariat wird eine

Kampffeyer des 1. Mai

in diesem Jahr hatten müssen, wie selten es eine war. Es muß sich wehren gegen eine Welt von Feinden. Aber dieser Kampf darf sich nicht beschränken auf bloße Abwehr! Auf der ganzen Linie vorwärts zum Angriff, das ist die Kampfeslösung, die am Jubeltage der Maifeier in Hunderttausenden von Proletarierherzen begeisterten Widerhall wecken muß.

Her mit dem Achtfundentag!

Heraus mit gründlichem Arbeiterhaß!

Her mit der Arbeitslosenversicherung!

Her mit einem wirklich freien Koalitionsrecht!

Nieder mit der preussischen Reaktion!

Es lebe das freie Wahlrecht!

Fort mit dem Lebensmittelwucher!

Nieder mit Sabelherrschafft und Militärdiktatur!

Nieder mit dem Militarismus!

Volkswehr an Stelle des stehenden Heeres!

Nieder mit der Völkerverheerung!

Es lebe die Verbrüderung der Nationen!

Unter diesem Feldgeschrei mögen am 1. Mai Hunderttausende sich zusammenscharen! Wer diese Jubelfeier am 1. Mai durch Arbeitsruhe feiern kann, der tue es; er begeht die Feier in der würdevollsten Form.

Rüstet zum Maifest!

Zum Völkertest des sozialistischen Proletariats!

steriums und der der Staatsschuldenverwaltung wurden bewilligt.

Zu dem Etat des Abgeordnetenhauses lag ein Antrag vor, den Abgeordneten Freifahrtkarten für ganz Preußen während der Dauer der Legislaturperiode zu gewähren.

Den Abgeordneten wird ja einmal zu Beginn und zum Schluß jeder Session Entschädigung für freie Fahrt gewährt. Sie bekommen, wenn sie nicht in Berlin wohnen, erstens 6 Mark

und zweitens für jedes Kilometer Eisenbahnfahrt von ihrem Wohnort nach Berlin oder von Berlin nach ihrem Wohnort je 13 Pf. Für das jedesmalige Umsteigen, zu dem sie etwa gezwungen sind, falls keine direkte Verbindung von ihrem Wohnort nach Berlin besteht, bekommen die Abgeordneten je 3 Mark. Außerdem bekommt jeder Abgeordnete während der Dauer der Session freie Fahrtkarten zwischen Berlin und seinem Wohnort.

Das ist um so skandalöser, als selbst im Dreiklassenparlament nicht nur Mitglieder der besitzenden Klasse sitzen. Zwischen den Sessionen (d. h. nach Schluß bis Wiedereröffnung des Landtages) stehen den Abgeordneten überhaupt keine Freifahrtkarten zur Verfügung. Mit Recht wurde verlangt, daß die Abgeordneten berechnigt sein sollten, während der ganzen Dauer der Legislaturperiode unentgeltlich auf allen preussischen Bahnen zu fahren.

Noch ist Herr v. Dallwitz Minister des Innern. Erst am 1. Mai tritt er seine neue Stellung an, um die Elsch-Lothringer als Statthalter zu beglücken. Im Auftrage dieses Herrn v. Dallwitz erklärte der neue Unterstaatssekretär Drews, daß die Regierung dem Antrage auf keinen Fall nachgeben würde. Der Beauftragte des Dallwitz meinte, daß die Regierung dem Abgeordnetenhaus nur dann seinen Wunsch erfüllen würde, wenn dieses dafür bereit wäre, die jetzigen Diäten in Anwesenheitsgelder zu verwandeln. Jetzt bekommt jeder Abgeordnete pro Tag 15 Mark, auch wenn er nicht anwesend ist. Also, weil die Abgeordneten nicht bereit sind, einen Wunsch der Regierung zu erfüllen, soll ihr Wunsch unerfüllt bleiben. — Die paar Mark Verlust auf seinen Bahnen soll der preussische Staat nicht tragen; auch rechnet man wohl damit, daß diese oder jene ausfallende und aufrüttelnde Agitationsrede mehr gehalten werden könnte, wenn die Abgeordneten während der Dauer der Legislaturperiode unentgeltlich durch Preußen fahren dürften.

Der konservative Abgeordnete und Landrat v. Bodelburg stellte sich auf die Seite des Ministers und meinte, daß die Abgeordneten, sobald sie im Besitz der Freifahrtkarten wären, im Lande herumgondeln würden, statt ihre Pflicht zu erfüllen. Der konservative Herr muß wohl seine Parteigenossen kennen, wenn er von ihnen dergleichen vermutet. Scharf trat dem reaktionären Herrn Abgeordneten Lippmann (Fortschr. Volksp.) entgegen.

Genosse Hirsch führte aus:

Der Vorredner hat sich dagegen gewendet, daß die Regierung ihre ablehnende Erklärung schon abgibt, noch bevor unsere Beratung zu Ende ist. Man könnte darin unter Umständen einen Fortschritt sehen, daß die Regierung sich überhaupt äußert, denn noch vor einigen Jahren hat sie jede Vernehmung zu dieser Forderung überhaupt abgelehnt. Was uns verlesen wurde, ist übrigens gar keine Erklärung des Staatsministeriums, sondern nur (Abg. Dr. Hoffmann (Soz.): Dallwitz's Schwänzen!) eine Erklärung des Ministers des Innern und sie amiet echt Dallwitz'schen Geist. In Preußen soll auch an die bestehende Reform nicht gedacht werden können! So war es unter der Antistatistik v. Dallwitz und so soll es nach seinem uns hier verlesenen Testament auch bleiben (Sehr wahr! links). Der Minister verquittet die Frage der Freifahrtkarten mit der einer Veränderung des Diätengesetzes, womit sie aber gar nichts zu tun hat. Das Diätensystem hat allerdings zu unhaltbaren Zuständen geführt, es gibt eine ganze Anzahl Abgeordnete, die sich hier nur anmelden und dann gleich auf Zimmerwiedersehen verschwinden. Wir wünschen die Beseitigung dieses unwürdigen Zustands. Was der Minister aber zu unserer Forderung nach Freifahrtkarten sagt, das ist dieselbe Argumentation, die er schon unzählige Male hier zum besten gegeben hat, wenn in einem Antrag oder in einer Interpellation die Wahlrechtsfrage aufgerollt wurde. Da sagte er auch immer: Bevor die Parteien sich nicht einigen, kann ich nichts tun! (Sehr wahr! links.) Dort wie hier die gleiche Ausflucht! — Die Behauptung des Abg. v. Bodelberg, daß die Freifahrtkarten die Abgeordneten vertreiben würden, statt hier zu sein, im Lande herumzufahren, ist eine ehrenkränkende Anzweiflung der Ehrlichkeit und des Charakters der Mitglieder dieses Hauses. (Lebhafte Zustimmung links.) Die Präsenz des Hauses hat in der Tat nachgelassen — die großen Parteien der Mehrheit sind meistens nur schwach vertreten und bestanden hier die Einrichtung, daß man die Beisitzfähigkeit anzweifeln kann, so würde sich zeigen, wie selten das Haus wirklich beschlußfähig ist. Herr v. Bodelberg vergißt auch, daß nicht alle Abgeordnete in der glücklichen Lage sind, daß ihr Gehalt auch während der Parlamentstagung weiter geht. Nun behauptet ja die Rechte immer, sie wolle kein Berufsparlamentarierium, sie wolle auch kleine Handwerker hierher entlassen. Das wird aber gerade erwünscht durch die Verweigerung der Freifahrtkarten. Freilich werden sie ja grade darum verweigert, um oppositionellen Abgeordneten das Studium der Verhältnisse im Lande, namentlich in Ostelbien unmöglich zu machen. Wollten wir nur von unserem Parteistandpunkt sprechen, so könnten wir allerdings sagen, daß uns die Frage gleichgültig sei, denn die Sozialdemokraten kommen ja trotzdem überall hin (Sehr gut! bei den Soz.). Nun hat der Abg. Dietrich es so hergestell, als ob durch die Freifahrtkarten den bürgerlichen Abgeordneten die Gelegenheit zu Agitationsreisen gegen die Sozialdemokratie gegeben werden müßte. Glauben Sie doch nicht, daß Ihre Agitationsreisen uns schaden. In vielen Fällen bewirken sie gerade, daß die Zahl unserer Anhänger vermehrt wird. Wir wünschen nichts sehnlicher, als Gelegenheit zu haben, mit Ihnen zu diskutieren. Deshalb sind wir gern bereit, den Antrag zu unterstützen, damit Sie nicht allzu hohe Ausgaben dabei haben. (Heiterkeit.) Die Erfahrungen, die bisher im Reich und in anderen Bundesstaaten mit den Freifahrtkarten gemacht worden sind, sind doch wahrhaftig nicht schlecht, irgendwelche Mißbräuche sind nicht festgestellt. Im einzelnen Falle mag vielleicht

auch mal eine Begegnungsfahrt mit einer solchen Karte gemacht werden, aber die große Mehrheit der Abgeordneten wird sie nur benutzen, wenn es unbedingt notwendig ist. Das finanzielle Bedenken gegen den Antrag nicht vorliegen, hat der Finanzminister in der Kommission ausdrücklich erklärt. Es ist also ein Widerspruch innerhalb der Regierung vorhanden. Deshalb brauchen wir der Erklärung des Herrn v. Bülow gar keine Bedeutung beizulegen. Es wird an Ihnen sein, zu zeigen, daß die Mehrheit des Hauses auf dem Boden des Antrags steht. Gelingt das, dann wird auch die Regierung wohl oder übel über die Erklärung des Herrn v. Bülow zur Tagesordnung übergehen. (Beifall bei den Sozialisten.)

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Konservativen angenommen. Über den Freikonservativen, dem Zentrum, den Nationalliberalen und Fortschrittlichen muß es nicht sehr ernst mit dem Antrag sein, sonst würden sie der Regierung den Garaus machen, bis sie sich dem Abgeordnetenhaus fügt.

Am Sonnabend geht die Debatte über das Kleinbahngesetz weiter.

Die Wahlen in Schweden

In die neue schwedische Zweite Kammer sind durch die Neuwahlen 68 Konservative, 71 Liberale und 73 Sozialdemokraten gewählt worden.

Wahler haben in der Zweiten Kammer 64 Konservative, 102 Liberale und 64 Sozialdemokraten. Die Konservativen gewannen somit 22 und die Sozialdemokratie 9 Mandate, während die Liberalen 31 Sitze verloren.

Es erhielten die Konservativen 286 040, die Liberalen 244 718 und die Sozialdemokraten 229 339 Stimmen.

Bei den Wahlen im Jahre 1911 brachten die Konservativen 188 639, die Liberalen 239 497 und die Sozialdemokraten 170 590 Stimmen auf.

Es gewannen also die Konservativen 97 401, die Liberalen 5221

und die Sozialdemokratie 36 119 Stimmen.

Für die Sozialdemokratie stimmten 1911 von je 100 Wählern 28 und jetzt 30.

Es geht vorwärts auch in Schweden.

Die Konservativen und in Schweden die Interessengruppen treten nicht nur der Großgrundbesitzer, sondern auch der Großkapitalisten, während die Liberalen die kleinere Bourgeoisie, das Kleinbürgertum und Bauerntum vertreten.

Die Konservativen brachten ihren Stimmengewinn dadurch zustande, daß sie die Furcht vor einem Angriff Rußlands auf Schweden wachriefen und die Wahlen für die Stärkung des Militarismus gewannen. Der Sozialdemokratie hat aber die konservative Agitation nichts anhaben können.

Mit den Liberalen zusammen behielten die Sozialdemokraten die große Mehrheit. Und diese Mehrheit wird um so mehr gezwungen sein, auf das Proletariat Rücksicht zu nehmen, als die Sozialdemokratie an Stimmengewinn und Mandaten gewachsen ist. Die Vermehrung der Armee ist bei der Haltung der Liberalen nicht zu verhindern, aber die von den Konservativen erstrebte Verlängerung der Dienstzeit der Infanterie ist durch den Wahlausfall verhindert. Ebenso ist die von den Reaktionären gewünschte Verstärkung des Militärstrafgesetzbuchs ausgeschlossen. Und es ist sicher, daß die Kosten der Heeresvermehrung die belämmerten Klassen zu tragen haben werden, während die Konservativen einen Teil dem Proletariat aufbürden wollten.

Die konservative Regierung Hammerköp, die durch einen dreifachen Befehl des Königs eingesetzt worden ist, wird

mindestens so lange im Amte bleiben, bis das Parlament ihm ein Misstrauensvotum erteilt haben wird. Die Herren hoffen, einige Liberale bei der Abstimmung zum Disziplinbruch verlocken zu können und eine Mehrheit herauszubringen. Allerdings zu erwarten, da die Betroffenen genau wissen, daß sie in ist eine solche Nichtanerkennung eines Teiles der Liberalen nicht einem solchen Falle von ihrer Partei nie wieder aufgestellt werden würden.

Die Zweite Kammer wird das Ministerium stürzen und dafür sorgen, daß Herr Staaß, der liberale Parteiführer, wieder Ministerpräsident wird. Und König Gustav wird zugeben müssen, daß er auf jede persönliche Politik verzichtet. Sonst riskiert er seinen Thron. Die Liberalen würden ihre Wahlkreise vollends an die Sozialdemokratie verlieren, wenn sie ihre parlamentarische Macht nicht dazu benutzen wollten, den König rücksichtslos in seine Schranken zu weisen.

Der Krieg in Mexiko

Auch die Rebellen gegen Nordamerikaner

Die Rebellen haben sich entschlossen, ihren bisherigen Geldgebern, den nordamerikanischen Großkapitalisten, die Heeresfolge zu verweigern. Die Revolutionäre, die Truppen der mexikanischen Bourgeoisie, die Bauern und Kleinbürger, sind nach wie vor unversöhnliche Feinde des Präsidenten Huerta, des Sachwalters der Großgrundbesitzer und englischen Großkapitalisten, aber mit ihren Widersachern zusammen wehren sie die Eroberer aus dem Norden ab. Darüber hat der Rebellenführer Carranza dem Präsidenten der Vereinigten Staaten, Herrn Wilson, in einem Brief seinen Wein eingeschickt.

Vor Tampico haben sich die Rebellen mit den Truppen Huertas zum Vorgehen gegen die Amerikaner verbunden. Dadurch sind die bisherigen Pläne der Vereinigten Staaten über den Hafen geworfen worden. Sie rechneten darauf, den Rebellen zum Siege zu verhelfen und dadurch dem Rockefeller-Trust das Monopol zur Ausbeutung der mexikanischen Petroleumquellen zu verschaffen. Daraus kann nun keine Rede sein. Entweder muß die Regierung der Vereinigten Staaten den begonnenen Krieg schleunigst wieder beenden, ohne etwas erreicht zu haben, oder sie muß einen an Gut und Blut furchtbaren, verheerenden Krieg gegen Mexiko führen. Eins von beiden ist nur möglich. Nun ist Herr Wilson, der Präsident, in der Theorie ein Friedensschwärmer. Folger er und seine Regierung wenigstens jetzt noch ihren Friedensideen, so ist verhältnismäßig wenig Unheil angerichtet. „Veracruz“ heißt auf deutsch, „das wahre Kreuz“. Es ist in der Tat ein wahres Kreuz für Herrn Wilson geworden. Werden die Feindseligkeiten fortgesetzt, so werden Milliarden Dollars verausgabt werden und Blut wird in Strömen fließen, nur um die Milliarden Rockefeller und der an seinem Trust beteiligten Kapitalisten zu vermehren.

Der mexikanische Geschäftsträger in Washington Algara hat seine Pässe gefordert und erhalten.

Politische Lageübersicht.

Deutschland

Berlin, 24. April. Ueber die nationalliberale Einigung soll verhandelt werden, auch wenn die Aussichten auf Erfolg gering sind. Die Nationalliberale Korrespondenz schreibt:

„Der Beschluß des Gesamtvorstandes des Reichsverbandes der nationalliberalen Jugend, nicht in Verhandlungen über die Aufhebung des Reichsverbandes einzutreten, im übrigen aber an Verhandlungen zur Schaffung des Friedens in der Partei teilzunehmen, hat auf der anderen Seite ein entsprechendes Echo geweckt. In Nr. 15 der Nationalliberalen Reichskorrespondenz vom 22. April wird erklärt, daß dadurch der Zentralvorstandsbefehl gegenstandslos geworden sei. Beide Kundgebungen, die schließlich nicht von den letzten entscheidenden Stellen ausgehen, werden den Geschäftsführenden Ausschuss der Partei nicht von dem energischen Versuch abhalten, den beinahe einstimmig gefassten Beschluß des Zentralvorstandes auf dem Wege gültiger Verhandlungen zur Durchführung zu bringen. Wie diese Verhandlungen auch endigen, ihr Ergebnis wird dem im Herbst stattfindenden Parteitag vorgelegt werden, dem das letzte Wort in der Angelegenheit gebührt.“

Am nächsten Sonntag findet im Zirkus Busch zu Berlin eine große christlich-nationale Kundgebung statt, in der konservative Politiker mit vereinten Kräften das Thema: „Mit Gott für König und Vaterland“ behandeln wollen, und zwar soll der Pastor Philipps den ersten Teil „Mit Gott“, der Führer der konservativen Fraktion, Graf Westarp, den zweiten Teil „für König“ und der Generalsekretär der christlichen Arbeiter, Abgeordneter Behrens, den letzten Teil „und Vaterland“ behandeln. Für diese Schaukellung wird ein Eintrittsgeld von einer Mark in den Logenplätzen, von 20 Pf. für den übrigen Teil des Zirkus erhoben.

In der Tat — ein amüsanter Zirkuspasch, drollig und sensationell!

— Genossin Dr. Wilim, geborene Prinzessin Pauline von Württemberg, ist in der Nacht zum Donnerstag in Breslau gestorben. Bereits seit 28 Jahren hat die humane, vorurteilslose Frau sich in der sozialdemokratischen Partei betätigt und sie regelmäßig unterstützt. Seitdem das Vereinsgesetz den Beitritt der Frauen zu politischen Organisationen gestattet, war Frau Wilim Mitglied der Partei, an deren Vereinsleben sie sich regte beteiligte und die sie auch mit materiellen Mitteln reichlich unterstützte. Darüber hinaus zeigte sich Frau Wilim notleidenden Genossen gegenüber außerordentlich hilfsbereit und hat zahlreiche Familien aus ihren Mitteln unterstützt. Genossin Wilim war eine Tochter der Herzogin Mathilde von Württemberg und wurde wegen ihrer Heirat mit dem bürgerlichen Arzt Dr. Wilim aus ihrer Familie ausgestoßen. Ihre Vergeltung bestand darin, daß sie sich dem Kampfe der Enterbten anschloß und ihm bis zum Lebensende treu blieb. Am Donnerstagabend wurde der Verstorbenen in einer großen Frauenversammlung, in der Genossin Adelheid Popp und Genossin Louise Zieh sprachen, ein sympathischer Nachruf gewidmet.

— Entziehung der elterlichen Gewalt wegen Unglaubens — eine Richter-Pflicht. Vor der Strafkammer in Nordhausen hatte sich der Genosse Kleinspehn von der Nordhäuser Volkszeitung wegen Richterbeleidigung zu verantworten. Infolge des von einem Weber in Forst i. L. angestrebten Kirchenaustritts für seine religionsunmündigen Kinder, drohte diesem der dortige Amtsrichter, der zugleich Vormundschaftsrichter ist, mit der Beschränkung des Erziehungsrechtes für die zum Austritt Angemeldeten. Er müsse, wenn die Kinder nicht vom Vater einem anderen Gläubigen zugeführt würden, einen Vormund einsetzen. Die Nordhäuser Volkszeitung tabellierte dieses Verfahren scharf. Es wurde Anklage erhoben und Genosse Kleinspehn zu 300 Mark Geldstrafe verurteilt. Das Gericht erklärte, der Vormundschaftsrichter habe nur seine Pflicht getan.

Ein Vater darf an sich den Kirchenaustritt seiner Kinder erklären. Ehe es aber dazu kommt, kann den Kindern ein Vormund gesetzt werden, so daß ohne dessen Zustimmung

Die Götter dürsten

Roman aus der französischen Revolution von Anatole France

21)

Der Kupferstecher Demahis hatte sich in jener Woche in eine Birne vom Palais Egalité vergafft, in die braune Flora, ein baumlanges Geschöpf. Trotzdem nahm er sich fünf Minuten Zeit, um seinen Gefährten zu beglückwünschen. Eine derartige Ernennung, so erklärte er, sei eine große Ehre für die Kunst.

Die jähliche Glodie verabscheute zwar unbewußt alles Revolutionäre und sah im öffentlichen Dienste die gefährlichste Nebenbuhlerin, die ihr das Herz ihres Beliebten abspenstig machen konnte. Trotzdem unterlag auch sie dem Einfluß eines Beamten, der berufen war, Urteile in Kapitalverbrechen zu fällen. Im übrigen hatte seine Ernennung zum Geschworenen die angenehmen Wirkungen, die seiner Empfindlichkeit schmeichelten. So erschien der Bürger Jean Blaise persönlich im Atelier an der Place de Thionville und umarmte den Geschworenen mit überhöflicher männlicher Zärtlichkeit.

Wie alle Gegenrevolutionäre zeigte er den republikanischen Machthabern Hochachtung, und seit er als Armeeleiter wegen Unentschieden angezeigt war, schloß ihm das Revolutionsgericht eine heilige Scheu ein. Er stand zu sehr im Vordergrund und war an zu vielen Geschäften beteiligt, um sich ganz sicher zu fühlen, und so erschien ihm der Bürger Gamelin als einer, mit dem man behutsam umgehen mußte. Und schließlich war er doch ein guter Bürger und ein Freund des Gesetzes.

Er reichte dem Maler und Geschworenen die Hand, war vertraulich und patriottisch, zeigte sich als Gönner der Kunst und als Freundesfreund. Hochherzig drückte Gamelin seine breit dargebotene Hand.

„Bürger Coarist Gamelin“, sagte Jean Blaise, „ich erhebe Anspruch auf Ihre Freundschaft und auf Ihr Talent. Ich lade Sie für morgen zu einem zweitägigen Ausflug ein; Sie sollen reisen und wir werden uns unterhalten.“

Der Kunstbändler machte alljährlich mehrere Landpartien in Gesellschaft von Malern, die nach seinen Angaben Landschaften und Ruinen malten. Er verstand sich auf das, was dem Publikum gefiel und brachte von diesen nachlässigen Skizzen heim, die im Atelier ausgehängt und dann geistreich gestochen, als Ritzzeichnungen oder farbige Radierungen viel Geld einbrachten. Nach diesen Skizzen ließ er auch Sopraporten und Spiegelumrahmungen malen, die sich ebenbürtig und noch besser verkauften, als die Dekorationsstücke von Hubert Robert.

Desmal wollte er den Bürger Gamelin mitnehmen, um Ruinen nach der Natur zu zeichnen; so sehr war der Ge-

schworene in seiner Achtung als Maler gestiegen. Zwei andere Künstler waren mit eingeladen: der Kupferstecher Demahis, ein geschickter Zeichner und der unbekannte Philipp Dubois, der im Genre von Robert sehr tüchtig arbeitete. Nach alter Gewohnheit nahm die Bürgerin Glodie mit ihrer Freundin, Fräulein Hazard, an der Landpartie teil. Und Jean Blaise, der über seinen Geschäften sein Vergnügen nicht vergaß, hatte auch die Bürgerin Thevenin aufgeführt, eine Schauspielerin vom Boulevard, die für seine gute Freundin galt.

Zehntes Kapitel.

Am Sonnabend früh um 7 Uhr klopfte der Bürger Blaise mit dem Stil seiner Reispelze an die Tür des Meisters. Er trug einen schwarzen Zweifelh. Scharlachrote Weste, Lederhosen und gelbe Stiefel. Die Witwe Gamelin unterhielt sich ehrbar mit dem Bürger Brotteaux, während Coarist sich vor einer Spiegelscheibe sein hohes weißes Halstuch umknüpfte.

„Guten Tag, Herr Blaise“, sagte die Bürgerin, „aber da Sie Landschaften malen wollen, so nehmen Sie doch den Herrn Brotteaux mit, er ist Maler.“

„Schön!“ sagte Jean Blaise. „Bürger Brotteaux kommen Sie mit.“

Als Brotteaux merkte, daß er nicht käuflich wäre, nahm er den Vorstoß an. Er war von gefälliger Natur und liebte Zerstreuungen.

Die Bürgerin Glodie kam die vier Treppen herauf, um Frau Gamelin zu umarmen, die sie „liebe Mama“ nannte. Sie trug ein weißes Kleid und düstete nach Lavendel.

Eine alte Reisetische, mit zwei Pferden bespannt, wartete mit herabgeschlagenem Verdeck auf dem Plage. Rose Thevenin und Julie Hazard saßen im Vorderste. Glodie ließ die Schauspielerin rechts von sich Platz nehmen, setzte sich links daneben, und die schlanke Julie ließ sich zwischen beiden nieder. Brotteaux nahm gegenüber der Bürgerin Thevenin Platz. Philipp Dubois setzte sich Fräulein Hazard und Coarist Glodie gegenüber. Auf dem Boden neben dem Kutscher thronte Philipp Demahis in seiner Athletengestalt und erzählte dem erlauchten zuhörenden Publikum von einem Band in Amerika, wo die Würste auf den Bäumen wüchsen.

Der Bürger Blaise, ein vorzüglicher Reiter, ritt vorweg, um den Stand des Wagens nicht zu schließen.

Die Räder rollten über das Vorstadtpflaster und die Insassen vergaßen ihre Sorgen beim Anblick der Felder, der Bäume und des Himmels. Ihre Gedanken wurden heiter und idyllisch. Glodie träumte von einer Hühnerzucht in einem Dorfe, wo Coarist Friedensrichter wäre und das an einem Fluß und am Waldestrand läge. Die Ulmen der Straßen klagten im Fahren vorüber. Die Hunde in den Dörfern sprangen

schief gegen den Wagen an und bellten vor den Beinen der Pferde, während ein großer Jagdhund, der quer über den Weg lag, sich mürrisch erhob. Die Hühner stoben auseinander und ließen über den Weg. Die Gänse wichen in dichter Schar langsam als. Schnurige Kinder glockten das vorbeifahrende Gefährt an. Es war ein heißer Morgen bei klarem Himmel. Die dünnen, riesigen Wolken düsteten nach Regen. Vor Wilhelms flog alles aus. Als man durch den Ort schritt, ging Demahis in einen Fruchtladen, um den Damen Kirchen zu kaufen. Die Verkäuferin war hübsch; Demahis kam nicht wieder. Dubois rief ihn bei seinem Spitznamen: „He! Barbarou! Barbarou!“

Bei diesem verhassten Namen spitzten die Einwohner die Ohren und an den Fenstern erschienen Gesichter. Als sie aus dem Fruchtladen einen schönen jungen Mann von herkulischer Gestalt mit offener Weste und flatterndem Jabot heraustreten sahen, der einen Korb mit Kirchen auf seiner Schulter trug und seinen Rock an der Spitze des Spazierstockes befestigt hatte, hielt man ihn für den geachteten Girondisten. Sansculotten stürzten sich auf ihn und hätten ihn trotz seiner entzündeten Proteste auf das Schulzenamt geschleppt, hätten der alte Brotteaux, Gamelin und die drei jungen Mädchen nicht beigeugt, daß er der Bürger Philipp Demahis, Kupferstecher von Beruf und ein guter Jakobiner sei. Außerdem mußte der Verdächtige noch seinen Bürgerchein vorzeigen, den er zufällig bei sich trug, denn er war in diesen Dingen sehr nachlässig. Erst jetzt entging er den Händen der Dorfpatrioten ohne andere Einbuße, als die einer abgerissenen Spitzenmanschette; aber dieser Verlust ließ sich verschmerzen. Ja, die Nationalgarbisten, die am kräftigsten angepackt und erklärt hatten, ihn im Triumphe auf die Amtsstube zu schleppen, boten ihm um Entschuldigung.

Als Demahis frei war und die Bürgerinnen Glodie, Rose und Julianne ihn umringten, warf er Dubois, den er nicht leiden mochte und den er für einen Verräter hielt, ein bitteres Lächeln zu und erklärte, ihn um Haupteslänge überragend:

„Dubois, wenn du mich noch mal Barbarou nennst, so nenne ich dich Briffot: das ist ein kleiner lächerlicher Kerl mit fettigen Haaren, öliger Haut und flebrigen Händen. Kein Mensch wird zweifeln, daß du der schändliche Briffot, der Volksfeind bist und die Republikaner werden bei deinem Anblick von Abscheu und Ekel gepackt werden und dich an der nächsten Laterne aufknüpfen... Verstehst du?“

Der Bürger Blaise, der mit seinem Pferd von der Tränke kam, versicherte, er habe die ganze Geschichte nur in Szene gesetzt, obwohl es allen so schien, daß sie ohne ihn passiert war.

(Fortsetzung folgt.)

Aus Westpreußen Ebing-Marienburg Ewigkeit.

Kein Stoff geht verloren in der Welt. Wenn er auch nach unseren Alltagsbegriffen vernichtet ist, so lebt er doch noch fort, wenn auch in anderer Form und Verbindung. Kein Stoff ist nur vorübergehend, alles ist ewig.

Wie im körperlichen Leben, so ist's auch im Geistes- und Seelenleben. Auch die geistige Kraft geht nicht verloren in der Welt. Auch sie ist ewig. Wie die Bestandteile des menschlichen Körpers nach dem Tode nicht spurlos verschwinden, sondern nur eine andere Gestalt annehmen und sich mit anderen Teilchen zu neuen Formen verbinden, so geht auch unser Geist nach dem Tode nicht zugrunde. Auch er lebt in anderem weiter, in den Menschen, mit denen wir im Leben zusammen gewesen sind. Und wenn wir bereits längst nicht mehr sind, das Beste von uns, unser geistiges, seelisches Ich, lebt weiter fort. Unser ganzes Fühlen und Denken wäre nicht, wenn nicht andere bereits vor uns gefühlt und gedacht hätten. Darum finden wir bei geistig höher stehenden Menschen — ob sie auch äußere Bildung genossen, ist gleichgültig — auch niemals Stolz und Ueberhebung. Sie fühlen, daß sie mit ihrem Fühlen und Denken nicht wären, wenn nicht Wissen und Vererbung wären. Stolz und Einbildung ist stets ein Beweis fehlenden Fühlens und Denkens, ein Beweis von Dummheit.

Unsere ganze Kultur ist nur möglich, weil bereits Generationen vor uns gefühlt und dachten. Auf der Ewigkeit des Geistes beruht unsere Entwicklung. Statt stolzen Pharisäertums müssen wir darum bedacht sein, möglichst viel unseres Geisteslebens auf die Nachwelt zu übertragen dadurch, daß wir unserer Mitwelt Aufklärung bringen und Bereicherung. Und je mehr wir nach dieser Richtung hin tätig sind, um so mehr bereichern wir mit unserem Ich die weitere Entwicklung, um so größere Entwicklungswerte schaffen wir. Freiheitsliebe und Liebe sind die edelsten Ewigkeitswerte, die wir schaffen können, und je mehr wir diese Werte in den Menschen wecken und pflanzen, um so eher bricht auch der Tag der Freiheit und Liebe an.

Eine 72 Jahre alte Frau stand dieser Tage unter der Anklage des Diebstahls vor dem Ebing'schen Schöffengericht. Die Betreffende, die Schwiegermutter eines gut gestellten Beamten, hatte auf dem Wochenmarkt eine Ente im Werte von vier Mark gestohlen. Als die Entenliebhaberin festgenommen wurde, gab sie auf der Polizei einen falschen Namen an. Das Gericht nahm an, daß nur M und r a u b vorliege. Wegen dieses Vergehens lag kein Strafantrag vor und daher wurde die Angeklagte freigesprochen. Für die Angabe des falschen Namens erhielt sie drei Mark Geldstrafe.

In Bröske vernichtete eine Feuersbrunst die Besetzung des Gemeindevorstehers Regehr vollständig. Mit Ausnahme

des Viehs ist nichts gerettet worden. Die Ursache des Brandes ist unbekannt.

Danzig-Land

Aus der Gemeindevorsteherwahl von Ohra.

Vor in die Tagesordnung eingetragen wurde, erstattete der Gemeindevorsteher Bericht über die letzte Kreistagsitzung. Er hob hervor, daß der Kreis für die eingemeindeten Orte von Danzig 800 000 Mark erhält. Die Zinsen dafür betragen 34 000 Mark. Für die durch die Eingemeindung freigewordene Kreistagsliste erhält der 9. und der 11. Wahlbezirk je einen neuen Kreistagsabgeordneten. Die Kreisabgaben bleiben bis bisher 50 Prozent. Die Gemeindevorsteher nahmen den Bericht ohne Diskussion entgegen.

„Beauftragung des Beschlusses der Gemeindevorsteherwahl vom 23. Juli 1904, betreffend das mit Danzig wegen Gasabgabe getroffene Abkommen“, nannte sich im üblichen schönen Bureaudeutsch der erste Gegenstand der Tagesordnung. Die Gemeindevorsteherwahl hatte am 23. Juli 1904 mit Danzig einen Vertrag wegen Gasabgabe geschlossen. Diesen Beschluß beauftragte der Gemeindevorsteher auf Grund des Paragraphen 140 der Landgemeindeordnung, aufgefördert dazu durch eine Verfügung des Kreisaußschusses. Angeblich sind die Befugnisse der Gemeindevorsteher überschritten. Der Gemeindevorsteher hatte 1904 den Vertrag mit abgeschlossen. Nach seiner Ansicht bleibt der Gemeindevorsteher nichts als die Angelegenheit. Die Ausprache war sehr interessant und ihr Ergebnis zeigte deutlich, was für schlaue Kommunalpolitiker Ohra hat. Statt den Gemeindevorsteher zu beauftragen, gegen die Verfügung des Kreisaußschusses beim Regierungspräsidenten Beschwerde einzulegen, wurde das Verwaltungsstreitverfahren beschlossen und der Gemeindevorsteher Peters als Prozessvollmachtgeber gewählt. Dann verhandelte man über den Erweiterungsbau des Armenhauses. Die Baukommission hat Zeichnung und Kostenanschlag aufgestellt. Der Kostenanschlag liegt 14 000 Mark vor. Für die Erweiterung soll 6000 Mark stiftet. Der Erweiterungsbau wird genehmigt. Weiter wird mit 9 gegen 8 Stimmen die öffentliche Submmission und die Vergebung des Baues durch die Gemeindevorsteher beschlossen.

Zeigten schon die in der vorigen Sitzung gefassten Beschlüsse bezüglich des Schulbaues und der Pflasterung des Kieperdammes, daß die sozialdemokratische Kritik nicht umsonst gewesen ist, so bedeutete die nun zur Verhandlung kommende Vorlage einen öffentlichen Triumph der sozialdemokratischen Tätigkeit in dem verpönten Ohra. Jahrelang hat der Schmutzgraben in der Rosengasse, in dem im vorigen Jahre der Tischlermeister Bauer einen jämmerlichen Tod fand, bestanden, ohne daß seine Beseitigung möglich war. Die Wahrheiten, die unsere Genossen während des letzten Gemeindevorsteherkampfes den schlafenden Gemeindevorstehern ins Gesicht schleuderten, haben sich jetzt stärker erwiesen, als die bisherige Indolenz, der Graben wird kanalisiert. 6200 Mark wird die Be-

seitigung dieses lebensgefährlichen Dreckwinkels kosten. Der Kreis will 1750 Mark und der Provinzialverband ebenfalls 1750 Mark beisteuern. Zur Pflasterung des Kieperdammes und zur Deckung des aus Ohra kommenden Teils wird eine Anleihe von 30 000 Mark aufgenommen. Nach der Erledigung dieser Angelegenheiten erfolgt dann der Mandatsraub, über den wir bereits berichtet haben. Die Sitzung sollte indes nicht zu Ende gehen, ohne daß einige Gemeindevorsteher Proben ihrer „Bildung“ ablegten. Genosse Temp machte zu einigen Ausführungen des Gemeindevorstehers den Zwischenruf: „Sehr richtig!“ Darauf rief Scharping: „Was sind das hier für Schlabbereien!“ Genosse Temp verbat sich diese Bemerkung in sehr entschiedener Weise. Scharping selber wünschte vom Gemeindevorsteher eine andere Platzierung der Zuhörer. Am liebsten wohl außerhalb des Beratungszimmers. Denn daß die Herren nicht mehr wie früher so „unter sich“ sind und daß die Öffentlichkeit erfährt, was sie tun und treiben, schmerzt sie bitterlich. Wir empfehlen den Ohraer Einwohnern, die etwas Zeit haben und Studien treiben wollen, den Besuch der Ohraer Gemeindevorsteherwahl. Sie werden da öfters ihr blaues Wunder erleben. Die klaffenbüchse Arbeiterklasse wird jedenfalls ihr Recht auf einen angemessenen Platz für ihren Berichterstatter mit Entschiedenheit wahren.

Kurz vor dem Schluß der Sitzung schloß der Gemeindevorsteher den Vogel ab. Er erzählte, daß an dem Schönsfelderweg zu wenig Schutz sei. Dort finden bis spät in die Nacht Ruhestörungen statt. Diese würden von den Mitläufern der Sozialdemokratie verübt. Auf die Frage des Gemeindevorstehers, ob er die Personen kenne, erklärte der Herr: „Nein!“ Herr Richter hat in seinem blindwütigen Sozialistenhaf wohl den Schönsfelderweg mit der Umgebung der bekannten „Ostbahn“ und die Sozialdemokraten mit den in der Ostbahn verkehrenden Ordnungsmenschen verwechselt.

Graudenz-Strasburg

Die Tragödie der Armut. Dem Arbeiter Zimbalist in Freystadt sind von zehn Kindern sieben im Säuglingsalter gestorben. Das letzte Mal war das vor vier Wochen der Fall. Die Leiche wurde ausgegraben, da es hieß, es gebe beim Tode der Kinder Zimbalists nicht mit natürlichen Dingen zu. Die bürgerlichen Zeitungen berichten, es hätte sich nichts Belastendes entdecken lassen. Uns will scheinen, in der Provinz der höchsten Säuglingssterblichkeit und der niedrigsten Löhne brauchte man die Leute nicht des Kindesmordes verdächtigen, um den Tod der Kleinen zu erklären. Armut und Unbildung waren ihre Mörder.

Thorn-Kulm-Briesen

Eine Anleihe von 5 Millionen beschlossen in Thorn die Stadtverordneten aufzunehmen. 900 000 Mark sollen für Straßenaufbauten mit Einschluß eines Wallbruches von der Vorstadt nach Mader und 300 000 Mark für die Kanalisation von Mader Verwendung finden. 1,2 Millionen Mark

Kleines Feuilleton

— Sonderbare Widmungen. Eine amüsante Lektüre bieten die Widmungen an alle möglichen und unmöglichen Personen, ohne die früher kaum ein Gelehrter sein Buch unter die Leute gehen ließ. Zu allen Zeiten sind da, wie eine interessante Studie von H. Slater zeigt, die wunderlichsten Dinge vorgekommen. Petrarca widmete 1340 die nach langem Suchen von ihm aufgefundenen Briefe des Cicero diesem selbst mit genauer Postadresse. Paul Scarron (1610—1660) eignete eine seiner Schriften seinem Hündchen zu, und „Seiner Hoch- und Rabenschwarzen Teufelei und Beelzebubischen Sattheit zu beliebigem Gebrauche großmütigst gewidmet“ sind die 1788 zu Frankfurt und Leipzig ohne Angabe des Verfassers erschienenen Karikaturen. Da fällt es dann weiter nicht auf, wenn der Krambambuli-Dichter Crescentius Koromandel 1747 ein Gedichtbuch „Sr. unsterblichen und hochw. Magnificenz, dem Hochgeb. Herrn von Apollo“ widmet; auch Schiller hat seine Anthologie auf das Jahr 1782 einem Gott der Alten zu gewidmet, dem Tode. Merkwürdig klingt die Widmung, mit der Clemens Brentano 1804 sein Lustspiel „Ponce de Leon“ dem blinden Herzog Ludwig von Arenberg zuschrieb: „Gewiss, der Dichter des Don Quixote, habe bei der Widmung seiner Novellen alle Fehler aufgezehrt, die man beim Zeichnen der Bücher begehen könne; er, Brentano, begehe einen, den jener vergessen habe, indem er dem Herzog sein Buch widmete, der es nicht lesen könne...“ Pietro Mascagni aber widmete seine Oper „Die Masken“ sich selbst mit den Worten: „Mir selbst mit ausgezeichneter Hochachtung und unveränderlicher Zuneigung.“ So ließen sich noch manche andere Beispiele schrullenhafter Dedikationen zu allen Zeiten zwischen Renaissance und dem Jahrhundert der Technik sammeln, ganz abgesehen von der Epoche der altrömischen Kaiserzeit, der Blütezeit jener Widmungsschmeicheleien, die ihrem geschmeidigen Verfasser möglichst hohen klingenden Lohn bringen sollten und darum zu den unerfreulichsten ihrer Art zählten.

— Riesenfinder. Mütter erzählen oft voll Stolz von den Neun- und Zehnpfund-Babys, die sie zur Welt gebracht haben. In solche Neugeborenen aber darf man berechnete Zweifel setzen, wenn man die Forschungen über das Höchstgewicht bei Neugeborenen berücksichtigt. Die Dr. Lejbowitsch in einem Aufsatz der Umschau niedertelegt. Der „Riesenfinder“, die schon bei der Geburt ungewöhnlich entwickelt sind, gibt es viel weniger, als man gemeinhin annimmt. Genaue statistische Untersuchungen zeigen, daß ein normales Neugeborene durchschnittlich 3300 Gramm wiegt und eine Länge von 50 Zentimetern hat. Da die Länge stets ziemlich gleich ist, so kommt es bei der Feststellung von „Riesenfindern“ nur auf das Gewicht an, das bei den einzelnen Babys sehr verschieden ist und zwischen 2000 und

1000 Gramm schwankt. Der Verfasser unterscheidet nun bei den ungewöhnlich schweren Neugeborenen zwei Gruppen: abnorm große Kinder, die über 4400 Gramm wiegen, und die eigentlichen Riesenfinder, die über 5000 Gramm wiegen. Die Zahl solcher ungewöhnlich entwickelter Kinder belief sich bei 15 000 Geburten, bei denen das Gewicht genau kontrolliert wurde, auf nur 90, und darunter befanden sich nur sechs eigentliche Riesenfinder. Auf 2500 Geburten kam also immer nur ein Zehnpfundkind.

Vermischtes

— Der Kandidat der Schönheit. Frankreich wird möglicherweise bald einen Deputierten der Schönheit zu seinen Kammermitgliedern zählen. Jedenfalls: der Kandidat der Schönheit ist da, er heißt Siméon Greit und hat sich in Toulon aufstellen lassen. Wie der Matin berichtet, hat dieser Apostel und Deputierte der Schönheit folgenden Aufruf erlassen: „Auf Veranlassung einiger Freunde, denen ich neulich erzählte, wie d'Annunzio, der italienische Dichter, sich zum Deputierten wählen ließ, stelle ich meine Kandidatur auf. Mein Programm ist ganz einfach: Ich nenne mich „Kandidat der Schönheit“. d'Annunzio hatte kein anderes Programm. Ich rechne nicht auf die Ehre, gewählt zu werden, aber ich werde die Freude genießen, eine Minorität zu repräsentieren, die durch die übrigen und üblichen Kandidaten nicht repräsentiert sein wird.“ — Für diese Kandidatur hat sich tatsächlich ein Komitee in Solliès-Pont gebildet.

— Der Tierfreund. (Berliner Straßenszene aus dem Vormärts.) Ein schwer mit Abbruchmaterial beladener Wagen fährt durch die Marktgrabenstraße. Beim Einbiegen in die Lindenstraße gibt es eine kleine Verkehrsstörung, der Wagen muß halten, und als die Pferde wieder anzuhängen sollen, gleiten ihre Hufe auf dem schlüpfrigen Asphalt aus, so daß der Wagen nicht vom Fleck kommt. Der Kutscher steigt ab, nimmt die Pferde am Zügel und knallt heftig mit der Peitsche, ohne aber die Pferde zu schlagen. Es sammeln sich natürlich sofort eine Reihe Leute um das Fuhrwerk. Der Kutscher müht sich, die Pferde vorwärts zu bringen. Er läßt die Zügel los, stemmt sich mit aller Macht in die Rodspeichen. Aber die Pferde rutschen aus. Der Wagen geht rechts und links, aber nicht vorwärts. Er hakt nun einmal den Pferden mit der Peitsche über den Rücken. Sofort fängt ein Herr an zu schreien: „Hauen Sie die Pferde nicht! Baden Sie lieber nicht so viel auf! Ich zeig Sie einfach an! Roheit!“ Der Kutscher guckte den Herrn von oben bis unten an und sagte ruhig, wenn auch grob: „Halten Sie die Schnauze, Mann! Zuviel ist nicht geladen, wär' man sich allens so glatt. Wir müssen auch unsere Wagen machen, sonst fliegen wir uff's Pflaster.“

„Aber die Pferde brauchen Sie nicht zu schlagen!“ rief der Herr wieder, zornrot im Gesicht.

„Na, dann fassen Sie man an!“ antwortete der Kutscher seelenruhig und deutete auf ein Wagenrad. Der Herr warf ihm einen unbefehlbaren Blick zu. Da kamen drei Arbeiter herbei und übernahmen im Nu die Sache:

„Willen, Mare, ran!“ rief der eine. Sie stemmten sich, alle drei in die Räder, der Kutscher ergriff die Zügel und hebelte war der Wagen flott. Lachend klopfen sich die drei Arbeiter die Schultern ab; der Kutscher schwang sich während der Fahrt auf den Wagen und winkte den Dreien mit der Peitsche grüßend zu. Der Tierfreund aber riß Mund und Augen auf und sah, dem dahinfahrenden Wagen nicht sehr klug nach.

— Fünf Ausstellungen für Feuerbestattung finden, wie das Aprilheft der Leipziger Zeitschrift für Feuerbestattung mitteilt, im Laufe dieses Sommers statt. Die Baltische Ausstellung in Malmö hat eine Sonderausstellung für Feuerbestattung. Eine Kollektivausstellung der Schweizer Feuerbestattungsvereine findet im Rahmen der Berner Landesausstellung statt. In der Deutschen Werkbundausstellung zu Köln ist in der Gruppe Einzelgebiete der Werkkunst auch die kirchliche und Friedhofskunst untergebracht; in dieser letzteren wird auch der Feuerbestattung in Musteranlagen gedacht werden. Auf der Ausstellung für Friedhofskunst in Erfurt wird die Feuerbestattung ebenfalls wohl nur einen Teil der gesamten Ausstellung bilden, während die Stettiner Ausstellung, die unter der Losung Feuerbestattung und Kunst steht, ausschließlich Bestattungs- und Aschenbeisetzungsstätten zeigen wird. Die Stettiner Ausstellung findet aus Anlaß des großdeutschen Verbandstages der Feuerbestattungsvereine vom 26. bis 31. August d. Js. statt.

Humoristisches.

F a t a l. Madame (sich in der Küche die Hände waschend): „Aber, Marie, was ist das für eine Seife? Sie riecht ja abscheulich! Das ist doch nicht unsere Küchenseife?“ — Köchin: „Das ist die Seife, die mir gnädige Frau zu Weihnachten geschenkt hat.“

Schwer zu unterscheiden. „Was ist denn mit dem Mann da los, der sich am Laternenspaß festhält und so mit den Füßen scharrt?“ „Früher hätte ich gesagt, es ist ein Betrunkener, aber heute weiß man nicht, ob er nicht einen neuen Tanz übt.“

Mütter-Audienz. Ihr Bub hat sich in der Religionsstunde über meinen Bauch lustig gemacht und zeigt auch sonst sehr wenig Gottesfurcht!

Ein bußfertiger Sünder. Richter: „Und, Angeklagter, ich hoffe, Sie hier nicht wieder zu sehen!“ — „So, Herr Richter? Wollen Sie sich schon pensionieren lassen?“

sind angelegt für den Erwerb des Vorkursbuchs. 600 000 Mark für den Bau eines Volkshochschulgebäudes, 250 000 Mark für den Bau eines städtischen Museums, 150 000 Mark für den Bau eines städtischen Krankenhauses und 100 000 Mark für den Ausbau des städtischen Krankenhauses. Dem Gesamtwert der Stadt von über 22 Millionen steht eine Schuldenlast von zehn Millionen gegenüber.

In die Weichsel sprang in Thorn ein vierzehnjähriges Mädchen, weil seine Eltern es zum Erlernen der Schneiderkunst zwingen wollten. Zwei Soldaten, die Augenzeugen des Vorganges waren, stürzten sich in den Strom und retteten das Kind.

Unter der Beschuldigung des Kindesmordes wurde in Dr. Lunau auf die Anzeige des eigenen Vaters ein siebenjähriges Dienstmädchen verhaftet. Die Betreffende hat das neugeborene Kind unmittelbar nach der Geburt getötet und es etwa vierzehn Tage im Hause der Dienstherrschaft verborgen. Dann offenbarte sie sich ihrem Vater, der die Verhaftung veranlaßte. Vater des Kindes soll der eigene Schwager sein.

Schlochau-Platz

Im Platzwer Stadlke erkrankt der zehn Jahre alte Schüler Hermann Kunde.

König-Tuchel

Die Kindesaussetzung in König auf dem Gehrenfeld Grundstück in der Bahnhofstraße hat sich aufgeklärt. Die Mutter, ein Dienstmädchen, wollte das Kind auf diese Weise seinem Vater, einem Schneidergesellen, übermitteln. Der Erzeuger wohnte in jenem Hause und sorgt nicht für seinen Sprößling.

Neustadt-Pugig-Karthaus

Auch ein Ausfuchthaus. Die Danziger Neuesten Nachrichten berichten in ihrer letzten Nummer:

Ein Befiger in Rheda mußte seine Kuh wegen Tuberkulose schlachten und der Kreisregierung ordnete die Vernichtung an. Dies tat ein Fleischer und er erstand das Fleisch für 10 Mark. Genarmenmachermeister Sprang-Neustadt fand beim Nachgraben nur die Knochen vor.

Gehören die Kerle, der Befiger wie der Fleischer, nicht ins Gefängnis? Da bemühen sich Ärzte und Sozialpolitiker die Tuberkulose auszurotten. Viele Hunderttausende sind für Lungenerkrankungen ausgegeben worden. Und trotz all der Aufklärung der letzten Jahrzehnte gibt es Schurken, die um ein paar Mark Profites andere Menschen mit dem Kadaver eines schwindelhaften Tieres vergiften!

Arbeitswilligenschug?

Der heute mit so vielem Ungeflüm geforderte erhöhte „Schug der Arbeitswilligen“, den das Schachmachertum, der Zentralverband der Industriellen, die Reichsdeutsche Mittelstandsvereinigung und der Bund der Landwirte auf ihr „Arbeitsprogramm“ gelegt haben, ist eine jener Mienen, die ja die „staatsverhaltenden Kreise“ mit nie ermüdendem Eifer gegen das bisherige Koalitionsrecht der Arbeitnehmerorganisationen zu legen versuchen. Bei diesem Streben reichen sich Kapital und kapitalistisch geleitete Wissenschaft einig die Hände. Jene wissenschaftlichen Kreise aber, die mit offenen Worten einer gefunden sozialpolitischen Entwicklung den Weg zu bahnen suchen, werden als „Kathederqualitäten“ des Hasses gegen die bestehende „antiquierte“ Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung gezeichnet. Der Heidelberger Nationalökonom Alfred Weber hat vor einiger Zeit im Reichsverein liberaler Arbeiter und Angestellter nun entschieden gegen die Forderung des Arbeitswilligenschuges Stellung genommen. (Das Referat ist bei Ernst Reinhardt-München im Druck erschienen.)

Unter „Arbeitswilligen“ stellt sich das breite Publikum vielfach Arbeiter vor, die zum Streit gezwungen werden, während sie verdienen wollen. Arbeiter, die in die Organisation hineingepreßt werden, während sie selbständig bleiben wollen. Aber das ist nicht die Wahrheit. Wir haben keinen Notstand der Arbeitswilligen! Sieht man von gewissen in Scheinorganisationen zusammengefügten, dem Unternehmertum verschriebenen Deuten, die in Wirklichkeit ihre Freiheit verkauft haben, ab, so hat sich nirgends aus der Arbeiterkraft heraus ein Verlangen nach einer Verstärkung ihres Schutzes gegen Zwang zur Koalition gezeigt. Bei uns ruft jemand anders nach Schug der Arbeitswilligen, und der Arbeitswilligenschug ist bei uns eine Kampfesfrage im großen sozialen Krieg zwischen Kapital und Arbeit.

Nachdem die berüchtigte Buchhausverleumdung geendet war, treten zunächst zwei Selbstblutgegenden des Kapitals an die Stelle des gelegentlichen Eingriffs. Der eine zielt darauf hin, einen Mechanismus von Zwangsarbeitsnachweisen zur Beherrschung des Arbeitsmarktes zu schaffen, der zweite, weitergreifende bemerkt, die auf dem Arbeitsmarkt errungene Situation dadurch zu sichern und auszuweiten, daß man die Arbeitswilligen so viel als möglich in Scheinorganisationen zusammenfügt, die vom Unternehmer bezahlt werden und so eine wirkliche „Herrschaftsdependance“ des Kapitals innerhalb der Sphäre der Arbeiter darstellen. Aber diese Scheinorganisationen der Arbeit, die ganz im Arbeitervertrauen, haben nur eine eng begrenzte Ausdehnungsfähigkeit in der Industrie und überhaupt in der Wirtschaft. Denn sie sind auf dem Prinzip aufgebaut, das Streikrecht den Arbeitern durch gewährte Unternehmungen vollständig abzunehmen, und das kann keine generelle Methode werden. Sie kann nur von korporativen Unternehmungen angewandt werden, weil es einfach zu teuer wäre, auf diese Weise den Verlust der Freiheit für die gesamte Arbeiterkraft zu bezahlen und auf die Lasten des Unternehmertums zu übertragen.

Diese Einsicht ist die Ursache, daß heute wieder die Forderung des Arbeitswilligenschuges aufgestellt wird. Es ist also in Wirklichkeit nichts anderes, als die Forderung der gesetzlichen Zurückfügung jenes Arbeitererlagmaterials, mit dem man die Organisationen der Arbeiter zerbrechen möchte. Dazu sucht man sich zweier Wege zu bedienen: einmal des

Verbotes des Streikpostens; man will, angeblich zum Schuge der Arbeitswilligen, die Verwirklichung der Koalition dadurch hindern, daß man die Klassengenossen vor dem Appell an das Solidaritätsgefühl bewahrt. Damit aber wird die Koalitionsfreiheit ihrer Lebensunterhaltung beraubt. Ferner wird eine Ergänzung des Streikgesetzes im Sinne einer erweiterten Interpretation der Begriffe Bedrohung und Nötigung verlangt. Aber der Schug der Arbeitswilligen ist heute schon in ausreichendem Maße da. Die Polizeibehörde hat heute schon Mittel genug an der Hand, das Streikpostensystem nahezu illusorisch zu machen, ebenso wie das durch den Paragraphen 153 der Gewerbeordnung gegen die gewerblichen Arbeiter geschaffene Spezialrecht heute schon mit drakonischer Strenge gehandhabt wird. Aber es soll die Lüttigkeit, die zur Durchsührung der Organisation und Koalition ausgeübt wird, in eine Spure der Ungefehltheit gestellt werden, die ganze Durchführung von sozialen Kämpfen soll für die Arbeiterschaft unmöglich gemacht werden, das ist der eigentliche Inhalt des Arbeitswilligenschuges, der verlangt wird. Man will mit dem Gedanken der Koalition im allerweitesten Sinne überhaupt keinen Tisch machen, man will einen wirtschaftlichen Nullzustand aufrichten, in dem Zwang und nicht die Freiheit gilt, in dem die Zwangsmittel noch und nach auf die allgemeinen politischen und geistigen Verhältnisse übergreifen.

Es wird nicht bestritten, daß das Streben der Arbeiter nach der „geschlossenen Arbeitsstätte“, in der nur Organisierte beschäftigt sind, vorhanden ist. Professor Weber zitiert hier ein Buch des Geheimrats im Reichsamt des Innern Restner, das sich mit dem Umfang und der Bedeutung des Organisationszwangs in unserer heutigen Wirtschaft befaßt. Restner führt aus, daß der Organisationszwang im Grunde genommen nichts anderes ist als die andere Seite der Monopolisierungs- und Zusammenfassungstendenzen, von denen unser ganzes heutiges Wirtschaftsleben durchsetzt ist. Das, was von der Seite des Organisierenden Monopol, Einheitsorganisation ist, das ist von der Seite des Draufstehenden gesehen, Organisationszwang. Und diese Tendenzen sind außerordentlich viel stärker und durchgreifender in der Kapitalsphäre vorhanden als in der Arbeitersphäre. Auch die Mittel, die für die Durchsührung dieser Tendenzen in der Kapitalsphäre vorhanden sind, sind viel mannigfaltiger und wirksamer als jene auf der Seite der Arbeiterschaft. In Ansehung dieser Situation kommt Restner zu dem Resultat, daß das Spezialrecht gegenüber der Arbeiterschaft beilegt werden muß, daß die tatsächlichen Organisationszwangstendenzen auf Seiten der Arbeiterschaft ebenso anerkannt werden müssen, wie sie auf der anderen Seite schon anerkannt sind.

Das ist die Stellung, von der aus man die Frage des Arbeitswilligenschuges und an die Gestaltung des Koalitionsrechts herantreten muß. Ein tatsächlicher Organisationszwang, der darauf abzielt, die Nichtorganisierten zu veranlassen, in die Organisation einzutreten, ein Zwang, der z. B. darin besteht, daß man ihnen erklärt, man wolle eine „geschlossene Arbeitsstätte“ haben und infolgedessen mit ihnen in dieser Werkstatt nur als Organisierten noch zusammenarbeiten, daß man den Unternehmern gegenüber die Verwendung nur von Organisierten durchzusetzen sucht, ein solcher Zwang wird bejaht werden müssen. Es müsse gefordert werden, daß die ungerechte Rechtsprechung, die Arbeitswillige und Streikende mit ungleichem Maße mißt, verschwindet; es muß ein Recht verlangt werden, das die tatsächlichen Koalitionsverabredungen der Arbeiter rechtsverbindlich macht, wie die der Unternehmer. Eine Ueberspannung dieses Rechtes, ein Zwang mit geistigen Druckmitteln usw. muß hier wie dort gleich geahndet werden. Die Unternehmer können heute strafflos einen nahezu unbegrenzten auch ideellen Organisationsdruck nicht bloß gegen ihre Außenseiter, sondern auch in dem Machtkampf mit den Arbeitern ausüben. Die Arbeiter sind dagegen bei gleichem Handeln strafbar. Demgegenüber muß verlangt werden, daß das vorhandene Recht — es bedarf keiner Verschärfung — gleichmäßig angewandt wird und daß die Ausnahmehaftung der Arbeiter verschwindet. Würde die Regierung den augenblicklichen Forderungen der Unternehmer nachgeben, so würde sie sich einfach zum Vollstrecker der Machtkämpfe der heute schon übermächtigen und bevorzugten Teile des gesellschaftlichen Körpers machen. Sie würde auch weiter gegen die elementarste Aufgabe des Staates, gleiches Recht und gleiche gelegliche Lage für alle, verstoßen.

Warum die Kinderzahl abnimmt

Der Vorwärts hat folgende Zuschrift erhalten:

Ich will wahrhaftig keine gelehrte Abhandlung darüber schreiben, warum die Kinderzahl abnimmt. Ich will bloß, wo heute die große Stunde nahe ist, da Geheimräte von Amts wegen sich dafür ins Zeug legen werden, daß alle Welt nur recht viele Kinder frage, auch einen Königlich preussischen Geheimen Rat, einen Professor der Königlich Friedrich-Wilhelm-Universität in Berlin, zu Worte kommen lassen über das viele Kindergebären. Unser Königlich preussischer Geheimratlicher Gewährungsmann sagt darüber folgendes:

In den unseren Klassen der städtischen Bevölkerung leben wir die größte Armut gewöhnlich bei den kinderreichen Familien. Die Schwierigkeit beginnt bei den Wohnungskosten. Kinderreichen Familien verweigern viele Hauseigentümer überhaupt die Aufnahme, so etwa wie man sich das halten von Hund und Katzen verbietet. Die Kinder... haben in den Großstädten die schärfsten Existenzbedingungen. Die Waisenbanten, unfähig an sich, zwingen kinderreiche Familien, sich auf ein oder zwei Räume zusammenzudrängen. Daß jedes Familienmitglied sein eigenes Bett oder manchmal überhaupt eine geordnete Lagerstätte hätte, daran ist gar nicht zu denken. Im Sommer ist der einzige Aufenthalt für Kinder ein Licht- und luftreicher Hof oder die durch Wägen gefährdete Straße. Die Kinder sind in der Stadt ein höchst unproduktives Element, denn sie können nicht, wie auf dem Lande, in berechtigter Grenzen da und dort mithelfen.

Es gibt Menschen, die sich wundern, daß unter solchen Umständen die Kinderzahl abnimmt; sollte man sich nicht besser darüber wundern, daß so viele Kinder doch noch als Nachwuchs innerhalb unserer Großstädte geboren und aufgezogen werden.

So zu lesen im Buch von Geheimrat Professor Dr. Max Rubner-Berlin: Wandlungen in der Volksernährung, einer erweiterten Wiedergabe eines Vortrags, den der berühmte Hygieniker am 15. internationalen Kongress für Hygiene in Washington im vorigen Jahre gehalten hat.

Aber, werden die den Kinderreichen ersiehenden Geheimräte sagen, der Geheimratstitel kommt ja über einen jeden Universitätsprofessor in Preußen so wie ein Naturereignis, und zumal ein frondierender Universitätsprofessor kann nicht als Beleg für einen Geheimrat gelten. Gut, das ist richtig, vollkommen richtig. Aber es gibt glücklicherweise noch ein Kaiserlich-Statistisches Amt in Berlin, und ein Regierungsrat hat hier — und sogar von Amts wegen — folgendes herausbekommen über den Segen, den die vielen Kinder für die Familien find:

1. Für Wohnung wird in den kinderreichen Familien der minderbemittelten Bevölkerung weniger ausgegeben als in den kinderarmen Familien. Das heißt: je mehr Kinder, desto kleiner oder schlechter die Wohnung — gerade umgekehrt, als es hätte sein sollen.

2. Für Wäsche und Bettzeug, für Reinigung von Kleidung und Wäsche wird in den kinderreichen Familien weniger ausgegeben als in den kinderarmen Familien.

3. Für Beleuchtung der Wohnung wird in kinderreichen Familien weniger ausgegeben als in kinderarmen Familien: gerade umgekehrt, als es hätte sein sollen.

4. Für Gesundheitspflege und Körperpflege wird in kinderreichen Familien weniger ausgegeben als in den kinderarmen Familien: gerade umgekehrt, als es hätte sein sollen.

5. Für Zellungen, Bücher, Vereine und Vergnügungen wird in kinderreichen Familien weniger ausgegeben als in kinderarmen Familien: gerade umgekehrt, als es hätte sein sollen.

6. All das, obgleich kinderreiche Familien mehr verdienen als kinderarme Familien: aber aller Mehrerdienst wird von den Ausgaben für Nahrung verschlungen.

7. vom Mehrerdienst, den eine kinderreiche Familie vor einer kinderarmen voraus hat, stammen 46 Prozent aus dem Verdienst der Kinder selber.

Das alles ist nachzulesen in der offiziellen Publikation des Kaiserlichen Statistischen Amtes in Berlin, die im Jahre 1909 als Sonderheft zum Reichsarbeitsblatt erschienen ist.

Und wir fügen hinzu: Auch die Herren Hausagrarier tragen ihr reichliches Teil zum Geburtenrückgang bei, nicht nur allgemein durch die hohen Mieten, sondern durch die ganz besondere Liebenswürdigkeit, die kinderreiche Mieter von jener Seite erfahren dürfen. — Wieviel Kinder haben Sie? Das ist eine Schicksalsfrage für so manchen geplagten Familienvater, der mieten möchte. Und manche Familie hätte eine schlechte Wohnung schon längst gern gewechselt, wenn es nicht so schwer hielte, bei vier oder sechs Kindern eine ordentliche Wohnung zu bekommen. Hier könnten die Stadtväter auch den Geburtenrückgang bekämpfen. Wenn sie sich dabei nur nicht ins eigene Fleisch schneiden müßten.

Gerechtliche

— Gerichtlich sanktionierter Koalitionszwang. Kommt der Arbeiter auch nur in den leisesten Verdacht, auf seinen unorganisierten Kollegen eingewirkt zu haben, daß dieser sich der Organisation anschließen soll, so faßt der Staatsanwalt ihn am Kragen und ein weißes Richterkollegium verhängt über den „Terroristen“ auf Grund des § 153 der G. O. eine Freiheitsstrafe. Daß der Koalitionszwang aber auch eine andere Beurteilung erfährt, wenn er nicht in Arbeiterkreisen, sondern in anderen Bevölkerungskreisen in Übung ist, ist hinlänglich bekannt. Den Zwangsinnungen ist schon gewissermaßen gewöhnlich der Koalitionszwang gewährleistet. Und auch die Herren Juristen können über den sogenannten Terrorismus, der die Organisationspflicht verlangt, ganz anders denken und urteilen, wenn es sich nicht um Arbeiterorganisationen und deren Mitglieder handelt. Ja, sie erteilen sogar dem Koalitionszwange ihren richterlichen Segen, wie nachstehender Fall beweist.

Vor einiger Zeit hatten sich vor dem Landgericht I in Berlin drei Mineralwasserfabrikanten wegen Vergehens gegen das Gesetz zum Schuge der Warenbezeichnung zu verantworten. Der Tatbestand der Anklage interessiert hier nicht, mehr dagegen die Erledigung der Sache. Es kam nämlich in dieser öffentlichen Sitzung der Strafkammer ein Vergleich zustande, wonach unter Uebnahme der Kosten die Angeklagten sich verpflichteten: an den Verband der Mineralwasserfabrikanten eine Buße von 200 Mark zu zahlen; die Angeklagten verpflichteten sich weiter, solange sie den Handel mit Selterswasser und ähnlichen Produkten betreiben, ihre Wagen und ihre Fabrik durch die Kontrolleure oder sonstigen Beauftragten des obigen Verbandes einer Durchsicht unterziehen zu lassen bei Weidung einer Konventionalstrafe von 30 Mark für jeden Fall der Zuwiderhandlung, und endlich verpflichteten sich die Angeklagten, innerhalb einer Frist von zwei Wochen nach erfolgter Aufforderung des oben erwähnten Verbandes bei Weidung einer Konventionalstrafe von 300 Mark für jeden von ihnen einem der drei zu dem Verbands gehörigen Selterswasserfabrikanten-Vereine in Groß-Berlin beizutreten.

Wie wird uns denn! Preussische Richter legen jemandem unter Androhung einer Strafe von 300 Mark die Verpflichtung auf, einer Organisation beizutreten? Wenn immer es sich hier um die Wahrung von Standesinteressen oder Geschäftesinteressen handelt und wenn von unserem Standpunkte dagegen nichts einzuwenden wäre — von einem Richterkollegium muß eine solche Sanktion zu einem ausgesprochenen Koalitionszwang doch wundernehmen. Wir wünschen nur eine gleiche Auffassung den Arbeiterkoalitionen gegenüber. Der Tarifbrecher, der Streikbrecher, auch der Unorganisierte in Arbeiterkreisen wirkt den Standesinteressen seiner Klasse entgegen. Würde ihn ein preussischer Richter bei einer Konventionalstrafe verpflichten, nein, auch nur ins Gewissen reden, daß er seine schädigende Sonderstellung aufgeben und sich der Organisation anschließen soll, um etwa den Schug der Organisation und den des Tarifvertrages zu genießen? Nein, ein solcher Außenseiter wird von den Herren Richtern als das nützlichste Element im Staate gepriesen, sein Verhalten wird gefählich geschätzt und die etwa an ihn ergangene Mahnung zur Koalition wird an dem gestraft, der sie an ihn richtete.

— Die beleidigte Essener Polizei. Wegen öffentlicher Beleidigung der Essener Polizei in einem Flugblatt und in einem Vortrage, den der Angeklagte des Transportarbeiterverbandes in Bochum, der Genosse Kimmrich, in einer Chauffeurversammlung in Essen gehalten hatte, hatte sich K. am 22. d. Mts. zum zweiten Mal vor der Essener Strafkammer zu verantworten. Kimmrich war von derselben Kammer im vorigen Jahre freigesprochen worden. Das Gericht hatte ihm den Schutz des § 193 (Wahrung berechtigter Interessen) zugestanden und dem Angeklagten geglaubt, die Essener Polizei in seinem Flugblatt und in seinem Vortrage überhaupt nicht genannt, noch gemeint zu haben. Die Beleidigung wurde in dem Satz des von Kimmrich verfaßten Flugblatts gefunden: „Dazu gefell sich die schikanöse Behandlung seitens der Polizeibehörden.“ Derselben Ausdruck sollte er in seinem Vortrag gebraucht haben. Wegen das freisprechende Urteil hatte die Staatsanwaltschaft Revision beim Reichsgericht eingelegt. Dieses verwies die Sache an die Vorinstanz zurück. In der neuen Verhandlung ging das Gericht mit großer Gründlichkeit zu Werke. Der Kriminalbeamte, der die Versammlung überwacht hatte, mußte als Zeuge seine Aufzeichnungen über die Rede Kimmrichs vorlesen, ebenso wurde das Flugblatt vorlesen. Nirgends aber war die Essener Polizei genannt. Kimmrich betonte, daß es ihm nur um die Kritikierung und Beseitigung des Systems der Chauffeurbestrafungen angekommen sei, das sich in der Errichtung von sogenannten Autofallen in den Orten des Industriegebiets, sowie in enorm hohen Geldstrafen wegen der geringsten Vergehen äußere. Eine interessante Konterverse entspann sich zwischen Staatsanwalt und Verteidiger über die Bedeutung des Ausdrucks „schikanös“. Der Staatsanwalt beantragte eine Geldstrafe von 100 Mark. Das Gericht erkannte nach längerer Beratung wiederum auf Freisprechung. Dem Angeklagten sei zu glauben, daß er nicht die Essener Polizei habe treffen wollen. Die Kosten wurden der Staatskasse auferlegt.

Für die empfindliche Essener Polizei kein befriedigendes Resultat. Kimmrich hat übrigens gegen sie eine Schadenersatzklage wegen Beischlagnahme der Verbandslisten eingereicht, die noch beim Oberlandesgericht schwebt.

Gewerkschaftliches

Ausperrungsandrohung in der Glasindustrie der Oberpfalz.

Zu den schlechtbezahltesten Arbeitern gehören unstreitig die Rohglaschleifer der Oberpfalz. Bei unmenslich langer, überaus anstrengender Arbeit ist der Lohn sehr gering.

Um eine Verbesserung dieser Arbeitsverhältnisse anzustreben, kündigte der Verband der Glasarbeiter den bestehenden Tarifvertrag; am 8. März war der Tarif abgelaufen. Die Industriellen lehnten jede Verbesserung mit der Begründung ab, daß die Verhältnisse eine Erhöhung der Löhne und Verkürzung der Arbeitszeit nicht zulassen. Die Arbeiter wollten dann lieber tariflos weiter arbeiten. Doch die Industriellen gingen darauf nicht ein, sie verlangten ohne irgendwelche Verbesserungen den alten Tarif auf drei Jahre verlängert. Als dies abgelehnt wurde, kündigten die Industriellen den Arbeitern zum 18. April. Damit aber nicht genug. Beim letzten Tarifabschluß waren den Arbeitern Feuerungszulagen gewährt, die sofort in Fortfall kommen sollten, wenn die Arbeiter den alten Tarif nicht bedingungslos unterschrieben. In dem Kündigungs schreiben heißt es ausdrücklich: „Die Industriellen sind bereit, die seither an Schleifer und Polierer gewährten Feuerungszulagen noch bis zum 23. März weiter zu bezahlen, diese aber kommen vom 23. März in Wegfall, wenn nicht bis zu diesem Termin mit den Organisationen der Tarifvertrag in seitheriger Weise auf die Dauer von mindestens drei Jahren verlängert ist. Bei Nichtverlängerung des Tarifvertrages werden die Werte ab 18. April zugestellt.“

Eine Konferenz der Rohglaschleifer wandte sich entschieden gegen das Vorgehen der Industriellen. Es wurde diesen mitgeteilt, daß der bestehende Tarif auch dann nicht verlängert wird, wenn vorläufig noch ein weiteres Unrecht an den Arbeitern vollzogen würde. Das Vorgehen der Industriellen erhält für die Öffentlichkeit erst dann seine richtige Beleuchtung, wenn man weiß, daß die in Frage kommenden Arbeiter eine tägliche Arbeitszeit von 16—18 Stunden haben und der Durchschnittsverdienst für die Stunde 15 Pfennig kaum übersteigen dürfte. Die Arbeiter können auch nur existieren, wenn die Frauen in den Betrieben mit beschäftigt sind.

Wie erbärmlich die Zustände in den Rohglaschleifereien sind, darüber berichtet ein Herr Dr. Berlin, der Sohn eines Spiegelglasindustriellen, in seiner Doktorschrift. Es heißt darin über den Gesundheitszustand der Arbeiter: „Auf die feuchten Arbeitsräume ist es wohl auch zurückzuführen, daß Rheumatismus eine Hauptberufskrankheit der Schleifer ist. Bronchial- und Kehlkopfkatarrhe, Rheumatismus der Gelenke und Muskeln, sind bei diesen Arbeitern häufig und auf das viele Arbeiten mit Wasser, den Aufenthalt in feuchten, im Winter mangelhaft erwärmten Lokalen zurückzuführen. Schnittwunden an den Händen und Fingern, seltener an den Füßen, entstehen vielfach beim Hantieren mit Glas. Quetschungen und Brüche durch schweres Heben von Risten, durch die Abnahme des Glaslages bei Schleifapparaten, sowie durch Hin- und Herrollen der Schleiftische. Die Hauptursache ist aber wohl im Heben der schweren Obersteine zu suchen.“ Ueber die Arbeitszeit schreibt Herr Dr. Berlin: „Die Arbeitsdauer ist nicht einheitlich festgesetzt. Doch kann man sagen, daß sie ungefähr von morgens 4 Uhr bis abends 8 Uhr dauert, wobei, wie erwähnt, etwa 7 Stunden Meister und Geselle gemeinschaftlich beschäftigt sind. Der Schleifergeselle hat bedeutend länger zu arbeiten. Die ununterbrochene Ruhe für den Arbeiter beträgt höchstens 8 Stunden, doch kommen noch längere Arbeitszeiten vor.“ Es erübrigt sich, diesen überaus treffenden Ausführungen auch nur ein Wort hinzuzufügen. Bemerkenswert muß nur werden, daß Herr Dr. Berlin in seiner sonst vorzüglichen Schrift kein Wort über die Gewinne der Industriellen sagt. Diese überaus rückständige Industrie, an der jeder Fortschritt in technischer und sozialer Beziehung spurlos vorübergegangen ist, hat geradezu fabelfähige Gewinne für Poliermeister, Werksbesitzer und Industrielle abgeworfen. Aus ganz kleinen Verhältnissen heraus haben es die Herren zu einem nicht unbedeutenden Wohlstand gebracht,

die Mehrzahl der Herren sind Millionäre. Krasser sind die Gegensätze nirgends zu finden. Ungeheure Armut bei den Arbeitern — Millionenvermögen bei den Industriellen. Die Unternehmer haben jetzt an die Betriebsleiter folgendes Schreiben gerichtet:

„Vertraulich.“

P. P.

Ungeachtet der demnächst stattfindenden Verhandlungen betr. Erneuerung des Lohntarifs wäre es für uns von Interesse zu erfahren, welche Arbeiter zum christlichen Verband, welche zum sozialdemokratischen Verband und welche nicht organisiert sind.

Wir möchten Sie daher bitten, uns umgehend eine möglichst genaue und den Tatsachen entsprechende Aufstellung einzusenden, bitten die Angelegenheit aber streng vertraulich zu behandeln.“

In einem weiteren Schreiben heißt es dann:

„Wir bitten Sie, uns die sämtlichen bei Ihnen beschäftigten Arbeiter namentlich aufzuführen, mit dem gleichzeitigen Vermerk, ob die Betreffenden organisiert sind, bei welcher Organisation und seit wann. Wie Sie wissen, handelt es sich darum, welche Leute eventuell für eine Entschädigung in Betracht kommen; wenn es die Organisationen aufzuheben ankommen lassen und die Werte ab 18. April zur Stilllegung kommen müssen.“

Deutsche Glas- und Spiegelglasfabriken.“

Die Herren wollen also durch ein ausgeklügeltes Spitzelsystem erfahren, wie es mit dem Organisationsverhältnis der Arbeiter beschaffen ist, um diese dann um so leichter niederguzwingen. Niemandem dürfte nach wollen sie Gelbe züchten, denn sonst wäre die Frage nicht zu verstehen, wieviel Arbeiter unorganisiert sind, um festzustellen, für wen eventuell Entschädigung in Betracht kommt. Die Frage, wieviel Arbeiter christlich organisiert sind, kann erst recht verstanden werden, wenn die Öffentlichkeit erfährt, daß der christliche Keramarbeiterverband den Tarif nicht gekündigt hat, und die wenigen Mitglieder jenes Verbandes unter dem bestehenden Tarif bedingungslos drei Jahre weiter arbeiten wollen. Unorganisierte, Gelbe und Spitzelsche finden wir im trauten Verein beisammen.

Die Forderungen, die der Zentralverband der Glasarbeiter aufgestellt hat, bewegen sich in bescheidenen Grenzen, und wenn die Herren nur ein klein wenig Gefühl für die elende Lage der Arbeiter besäßen würden, wären sie leicht zu erfüllen. Die Lohnforderungen betragen 2½ bis 10 Prozent und sind so geregelt, daß vor allen Dingen die am schlechtesten bezahlten Arbeiter die größten Forderungen stellen. Dringend wird von den Arbeitern eine Verkürzung der Arbeitszeit gefordert.

Den Industriellen scheint die Situation doch unangenehm zu werden. In letzter Stunde hat das Einigungsamt der Stadt Fürth in Bayern eingegriffen. Die Industriellen haben ihren Sitz in Fürth. Am Freitag den 17. April fanden Besprechungen mit dem Gewerbegerichtsvorsitzenden Magistratsassessor Schwiening in Fürth statt. Die Industriellen erklärten sich bereit, vor dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu erscheinen und die angebotene Ausperrung vorläufig zurückzuziehen. Die Verhandlungen werden wahrscheinlich am 29. April in Fürth beginnen. Dort wird sich zeigen, ob die Industriellen doch noch zu einer Ausperrung greifen, oder aber den berechtigten, leicht erfüllbaren Wünschen der Arbeiter entsprechen wollen. Es darf aber jetzt schon gesagt werden: Sind die Herren zu Entgegenkommen nicht bereit, dann lehnen es die Arbeiter ab, einen weiteren Tarif abzuschließen und sich auf drei Jahre zu binden; die Arbeiter werden auch vor einer Ausperrung nicht zurückschrecken.

Der soziale Tiefstand jener Arbeiterschicht ist erst zu verstehen, wenn man in Erwägung zieht, daß die Rohglaschleifer der Oberpfalz in den rückständigsten und entlegensten Gegenden sich befinden. Das Zentrum hat in diesem Bezirk seine festesten Domänen, aber noch niemals haben die Herren von der Zentrumsparlei auch nur ein Wort für die Arbeiter in diesem Bezirk gesprochen. Nur langsam begreifen die Arbeiter, daß ihre Interessen in der freien Gewerkschaft wirksam vertreten werden.

— Zum Streik der Berliner Maßschuhmacher. Drei Wochen sind vergangen, seit die Schuhmachergehilfen der Maßgeschäfte Berlins die Arbeit niedergelegt haben. Der Versuch, aus Wien Arbeitskräfte in größerer Maße heranzuziehen, ist fehlgeschlagen, denn die wenigen von dort zugewandten Schuhmacher reisten nach Klarlegung der Sachlage wieder ab, oder nahmen in der Reparaturbranche Arbeit. Um so mehr versuchen die Meister ihre Arbeit in Berlin selbst und in anderen Städten unter Deckadressen herzustellen, in welchem Vorhaben sie wesentlich unterstützt werden durch die allerwärts in der Branche vorherrschende Heimarbeit. Die Gehilfen allerorts werden daher ersucht, auf die ihnen übergebene Arbeit zu achten, und jede Arbeit, die ihnen verdächtig erscheint, zurückzuweisen.

Direkte Verhandlungen mit der Gehilfenkommission haben die Meister vor wenigen Tagen abgelehnt, weil sie sich von solchen Verhandlungen keinen Erfolg versprechen. Erst jetzt scheint die Einsicht gekommen zu sein, daß eine Aussprache doch wohl zweckmäßig sei, und besteht die Möglichkeit, daß in einigen Tagen eine gemeinsame Sitzung der Verhandlungskommission stattfinden wird. Die Meister haben übrigens versucht, mit ihren Arbeitern direkt unter Umgehung des Verbandes zu verhandeln. Sie erließen ein gemeinsames Rundschreiben, unterzeichnet vom Arbeitgeberverband, an sämtliche Gehilfen und fügten die von ihnen bereits zugesagten Bewilligungen hinzu. Dieses ihr Vorgehen begründeten sie damit, daß die Gehilfenkommission der Schuhmacher nicht genau unterrichtet und der Verband den Streik provoziert habe. Ein Vergleich der den Gehilfen überbrachten Listen mit denjenigen, die der Kommission bei der letzten Verhandlung von dem Streik ausgehändigt waren, ergab überraschenderweise viele Abweichungen, so daß hierdurch schon diese Kampfweise der Unternehmer der gerechten Beurteilung der Streikenden verfiel. Die Spekulation des Unternehmerverbandes, zwischen den Streikenden und ihrer Leitung Unfrieden zu säen, erzeugte somit das Gegenteil und stehen die Streikenden geschlossen und zuverlässiger denn je im Kampfe, da bereits 18 Geschäfte mit 120

Gehilfen einen neuen Vertrag mit der Organisation eingegangen sind.

— Zum Streik auf der Grube Hohenbach. Eine Bergarbeiterversammlung, die vom christlichen Gewerksverein einberufen war, befaßte sich neuerdings mit dem Streik auf Grube Hohenbach, der nun schon einige Wochen andauert. Die Bergschicht erklärte sich bereit, durch den Arbeiterausschuß mit der Firma Köchling direkt in Verbindung zu treten, unter Wahrung des Konfliktrechts der Belegschaft. Die Versammlung erklärte, den Versuch der Firma Köchling, die Bergleute einzeln zur Besprechung auf die Grube zu bestellen, müsse entgegengetreten werden.

— Zimmerstreik in Schandau. Bei der Firma Holzmann u. Co., die in Schandau Bahnbauten ausführt, streiken sämtliche dort beschäftigte 45 Zimmerer. Die Firma sucht auswärtige Arbeitswillige.

— Ofenheizerstreik in Nürnberg? In Nürnberg, wo die Unternehmer den Ofenheizern den Tarif gekündigt haben, um den Lohn zu kürzen, ist die Situation sehr ernst. Die Töpfer haben bereits beschlossen, am 27. April den Abwehrstreik zu reklamieren. Falls nicht noch in letzter Stunde eine Einigung erfolgt, dürfte es zum Kampfe kommen.

— Die Holzarbeiter der Seefischwerften hielten am 18. und 19. April in Hamburg eine Konferenz ab, die, einer Anregung aus den Werftorten entsprechend, vom Vorstand des Holzarbeiterverbandes einberufen und von 41 Vertretern besucht war. Der einzige Punkt der Tagesordnung lautete: „Unsere Aufgabe in der Werftbewegung.“ Das Referat hielt der Vertreter der Zahlstelle Bremen, dessen Ausführungen von dem Vertreter des Verbandsvorstandes wirksam ergänzt und unterstützt wurden. Es handelte sich in der Hauptsache darum, die verlassene Bewegung einer überflüssigen Betrachtung zu unterziehen und die bei ihr hervorgetretenen Fehler und Mängel in offener Aussprache festzustellen und für die Zukunft unmöglich zu machen. Grundsätzlich wurde daher erörtert: das Verhältnis der Mitglieder in den Betrieben ihren Mitarbeitern und ihrer Organisation gegenüber; die Aufgaben der Vertrauensleute, der Sektions- und Ortsverwaltungen, der Ortskommissionen, der Zentralwerftkommission und — als wichtigste Frage — die Aufgaben und Pflichten der Verhandlungen.

Daß in dem Organisationskörper der Werftarbeiter nicht Schwächen und Mängel zutage getreten wären, braucht gar nicht bestritten zu werden. Diese Hemmnisse sind nur nicht so einfacher Natur und nicht so leicht aus der Welt zu schaffen, wie in anderen Industrien, da auf den Werften auf der einen Seite die geschlossenste Kapitalmacht den Arbeitern entgegensteht, während die eigenen Organisationen noch arge Versplitterungen aufweisen; und dadurch sind die Arbeiter leichter der Gefahr ausgesetzt, in ihren gemeinsamen Aktionen gegen das Kapital durch allerlei Unterströmungen beeinträchtigt zu werden, oder durch mangelnde Vorbereitung und Einsicht in den eigenen Reihen wird im entscheidenden Moment nicht mit den richtigen Mitteln operiert.

Wenn auch bei den Holzarbeitern noch die Stimmung über die vorjährigen Ereignisse nachkittert, so galt doch das Streben aller Teilnehmer der Konferenz in der Hauptsache dem Ziel, die Werftbewegung neu zu beleben. Der Glaube an die Kraft der Organisation ist bei den Arbeitern nicht geschwunden, mögen nur die Kräfte möglichst bald von neuem gesammelt und in den Dienst der Interessen der Arbeiter gestellt werden. Aber nicht nur an die Adresse der Organisation richteten sich die Mahnungen, für eine fruchtbarere Arbeit in der Zukunft die Vorbedingungen zu schaffen, insbesondere erging diese Mahnung auch an die Kollegen in den Werftbetrieben, sich mit frischem Mut der notwendigen Organisationsarbeit wieder zu widmen.

Die Konferenz einigte sich auf den Schluß auf die einstimmige Annahme folgender Leitsätze für das gemeinsame Wirken in der Werftbewegung, die u. a. besagen:

Das Vertrauensmännersystem soll so ausgebaut werden, daß in jeder Betriebsabteilung die notwendige Anzahl Vertrauensleute vorhanden ist.

Die Vertrauensmänner sind als die berufenen Vertreter der Werftarbeiter von den Organen des Verbandes wie von den Kollegen selber zu betrachten und bei ihrer Tätigkeit zwecks Wahrung der Verbandsinteressen alleseitig tatkräftig zu unterstützen.

Bei Lohnbewegungen sind die Vertrauensmänner zur Mitberatung über deren Einleitung und Durchführung heranzuziehen, auch haben sie die taktischen Fragen mit vorzubereiten und gegebenenfalls mit darüber zu beschließen.

Die Sektionsleitungen und Ortsverwaltungen sind gemäß ihrer statutarischen Befugnisse gehalten, mit den Vertrauensleuten in engster Fühlung zu bleiben, an gemeinschaftlichen Beratungen teilzunehmen und ihre Stellungnahme den vorgeschriebenen Instanzen unverzüglich zu berichten.

Die Ortskommission der Werftarbeiter und die Zentralkommission werden als zweckmäßige Einrichtungen anerkannt.

Die Vorstände haben dafür Sorge zu tragen, daß diese Organe bei der Erfüllung ihrer Aufgaben im Interesse der Werftarbeiter aktiv tätig werden.

Die Konferenz richtete an die Kollegen auf den Werften die Aufforderung, im Sinne der vorstehend festgelegten Regeln für den Ausbau der Organisation zu arbeiten.

An den Verbandsvorstand stellt die Konferenz das Ersuchen, diese Regeln gleichfalls anzuerkennen und den Bestrebungen der Werftarbeiter auf Besserung ihrer Lage, insbesondere aber auf Abwehr von Verschlechterungen jede Förderung anzubieten zu lassen.

Nachdem die Vorstandsvorteiler vorbehaltlos für die vorstehenden Leitsätze sich ausgesprochen und auch im allgemeinen keinen Zweifel darüber ließen, daß in Zukunft von ihrer Seite alles möglich getan werden würde, um den Wünschen der Kollegen gerecht zu werden, wie andererseits auch der Wille hervortrat, diese und jene Maßnahmen bei der verlassenen Bewegung künftighin nicht wiederholen zu lassen, schloß der Konferenz in dem allseitigen Gelächris aus, nunmehr mit neuer Kraft der Zukunft entgegen zu arbeiten.

— Die Wahlen zur Betriebskrankenkasse der Marinestation der Nordsee in Wilhelmshaven haben folgendes Ergebnis: List 1 (freigewerkschaftlich) entfielen 5836 Stimmen, Liste II (christlich) 534, Liste III (Hilfs- und Arbeitervereine) 1363. Einige weitere Listen vereinigten nur wenige Stimmen auf sich. Am ganzen Tag 8408 Stimmen abgegeben worden. Von den 50 Vertretern entfielen auf die freien Gewerkschaften 37, auf den Hilfsmittel 10 und auf die Christlichen 3. Der Wahlkampf erhielt einen Sieg im Vorstadium, die übrigen entfielen auf die freien Gewerkschaften.

— Arbeiterauswahlwahlen in Köln. In den beiden letzten Wochen fanden die Wahlen für die wichtigsten Arbeiterauswahlwahlen in den städtischen Betrieben statt. Für die Kandidaten der freien Gewerkschaften wurden 1490, für die christlichen Kandidaten 2166, für andere Listen 435 Stimmen abgegeben. Die freien Gewerkschaften brachten 29, die Christlichen 38, die Sonderorganisationen 4 Kandidaten durch.

Aus aller Welt

Jungdeutschlandbündler als Einbrecher.

In diesen Tagen hielten schleswig-holsteinische Jugendvereine, die dem Jungdeutschlandbündnis angeschlossen sind, im Hochstetter Lager, dem Truppenübungsplatz des 9. Armee-Korps, Übungen ab. Da meldeten sich Beamte der Polizei Kriminalpolizei und Fahndeten nach einigen Burschen unter den jungen „Kriegern“, die sie auch ermittelten. Es waren drei im Alter von 12–14 Jahren stehende Söhne der sogenannten besseren Stände, darunter zwei Lehrersöhne, die am Abend vor dem Ausbruch zur Übung in Kiel einen regelrechten Einbruchsdiebstahl verübt hatten. Sie waren in die Wohnung eines Blumenhändlers eingedrungen, hatten eine Kasse mit Geld, eine Weltuhr, ein Feuerzeug und Rabatmarken gestohlen. In der Wohnung haben sie in verabschiedeter Weise gehaust und die Betten in widerlicher Weise beschmutzt. Für den Diebstahl der Wohnung hatten sie dann noch einen Zettel mit allerlei Kosenamen und unterzeichnet mit einem Totenkopf und drei Kreuzen zurückgelassen. Die Rabatmarken machten sie am anderen Morgen zu Geld und rühten dann mit ihrer Beute ins Hochstetter Lager zur Übung. Hier aber erlitten sie die Nemesis.

— Der Kriegsveteran im Chausseegraben. Wieder hat ein alter Kriegsveteran ein erbärmliches, schmachvolles Ende genommen. Auf der Landstraße bei Angersheim i. G. fand man dieser Tage einen fremden Hausierer. In seinem dürftigen Rod steckte die baltische Feld die n. m. d. a. l. l. e und die deutsche Kriegsdenkmünze. Es stellte sich heraus, daß man einen aus dem Badischen stammenden Kriegsveteranen namens Leisinger vor sich hatte. Er hatte 1870 ruhmvoll mitgekämpft für des Reiches Herrlichkeit, dabei einen Arm eingebüßt und war nun kreislos auf der Straße zusammengebrochen. Man brachte ihn ins Krankenhaus, wo er an einer Lungenerkrankung bald starb. Seine fürsorgliche Obrigkeit, die den Deutschen sonst eifrig zu bewachen pflegte, hatte sich seiner angenommen, noch nicht mal die dürftige geleihliche Invalidenrente soll er bekommen haben.

Es gehen alte Kriegsteilnehmer am Hunger zugrunde, während für neue Krieger Millionen ausbezahlt werden. Freiwillig zog der junge Leisinger ins Feld, ungewollt starb der alte, verkrüppelte den Hungertod. Die des Schlachtfelds nur aus der Ferne beobachtet hatten, erzielten hohe Kriegsbeteiligungen. Die ihre Knochen haben aufammenstehen lassen, bekommen mit Ach und Krach fargen Ehrenfeld, und manche den nicht mal. Ähnliche Dankbarkeit und Berechnung!

— Selbstmord eines Rekrutenhändlers. In der Ukraine in Dufeldorf ereignete sich am Donnerstag der im dritten Jahr dienende Wladimir kurz bevor er wegen Rekrutenhändlerhandlung in Untersuchungshaft abgeführt werden sollte.

— In den Inzestverurteilungen in Anstalt wird amtlich gemeldet: Bei dem Infanterieregiment sind seit dem 21. April nachmittags keine Inzestverurteilungen mehr festgestellt worden. Der Infanterie liegen gegenwärtig neun Inzestverurteilungen. Bei diesen steht die Diagnose noch nicht fest. Die Untersuchungsstelle, welche jetzt festgestellt ist, ist unerschütterlich gemacht worden, so daß angenommen werden kann, daß es zu einer Epidemie nicht kommt.

— Im Rauch erstickt. In Seimbach bei Hettstedt wurden auf einem Neubau der Rheinischen Dynamitfabrik vier Arbeiter und drei Steinleger bei einem Brande getötet. Sie hatten sich in der Kitzungsruhe zum Schlafen niedergelegt und sind im Rauch erstickt. Der Brand soll angeblich durch eine weggeworfene Zigarette entstanden sein.

— Erdstöße. In Aich und Umgebung (Böhmen) wurden nachts heftige Erdstöße die von unterirdischem Geräusch begleitet waren, verspürt.

— Immer wieder das verhängnisvolle Spiel mit dem Schießgewehr. Ein schreckliches Unglück ereignete sich im Walde der Majorsbergräber Gernersheim bei Schwarzenau (Polen). Der Landwirt Niechocki aus Ustrows-Hufen war mit seiner 17-jährigen Tochter Katharina nach Holz gefahren. Der des Holz anweisende Waldwärter hing sein geladenes Gewehr an einen Baum, um dem N. das gefasste Holz zu zeigen. Kaum hatten beide den Platz am Wagen verlassen, als ein Arbeiter aus Ustrows-Gygnitz die Flinte in der Hand nahm und auf das Mädchen, das ihm den Rücken zumandte, anlegte in der Meinung, daß die Flinte nicht geladen sei. Ploß! Frachte ein Schuß und die volle Ladung brach dem jungen Mädchen in den Rücken, das tot zur Erde fiel.

— Die Pest in Japan. In der Umgebung von Tokio ereigneten sich 500 Erkrankungen an Pest.

— Die verschwundenen französischen Torpedoboote. Man stellt fest, daß das Torpedoboot 174, das als Schleicher benutzt wurde, sich noch an seiner Seite befindet, wo es vor einiger Zeit gesunken ist. Dem anderen Torpedoboot „Sagae“ sollen die Hinterbeine gebrochen und es von einem ausländischen Schiff ins Schlepp genommen und nach Italien gebracht worden sein.

— Der Kommandeur in der Schußlinie. Aus Bittich (Pader) wird gemeldet: Bei einem Brüllungschießen der Maschinenkompanie des Infanterieregiments Nr. 126 geriet der Kommandeur des dritten Bataillons, Major Stroehlin, aus Versehen in die Schußlinie eines rückwärts gestellten Maschinengewehrs. Ein Schuß durchschlug dem Offizier das rechte Bein unterhalb der Kniekehle. Der Verletzte erhielt sofort auf dem Schlachtfeld ärztliche Hilfe und wurde dann nach Stralsburg gebracht.

— 100 000 Mark unterschlagen. Der Geschäftsführer Bonner von der Porzellanfabrik in Herbesthal, Rheinland, wurde verhaftet, als er in einem Kraftwagen die Grenze überschreiten wollte. Er soll über 100 000 Mark unterschlagen haben.

Soziales

— Ein bedrohter Angestelltenverband. Der „Deutsche Steigerverband“, der schon seit Jahren von den Grubenbesitzern mit allen Mitteln verfolgt wird, hat sich mit einem belagerten Ansehen an die Berufscollegen gewandt, in dem er die Steiger auffordert, den Versuch der Grubenbesitzer entgegenzusetzen, die die Erfüllung ihrer berechtigten Forderungen verhindern wollen. In dem begleitenden Aufruf heißt es:

Wenn sich in dieser entscheidenden Stunde nicht die überlegene Mehrheit von denen meldet, die das Anschreiben in Gehalt bekommen, dann hat der Organisationsgedanke im Steigerberuf noch nicht die Wurzel gefaßt, um den Verbund auf die Dauer zu erhalten. Dann verdienen es die Steiger nicht, daß für sie noch irgend etwas getan wird. Vor Jahrzehnten mag es für die Träger der Organisationsgedanken noch Zweck gehabt haben, den Kampf des Gedankens wegen durchzuführen. Der Gedanke hat heute aber gesiegt. Daran ändert die Aufgabe eines verlorenen Postens, der nicht infolge der Angriffe der Gegner, sondern nur infolge der Laune der Berufscollegen wegen ausgegeben wird, nicht das geringste. Wer also ein Interesse daran hat, den Verband zu erhalten, der Sorge in der gegenwärtigen Stunde dafür, daß das Anschreiben seinen Zweck erfüllt.

Daraus spricht mehr Resignation, als zur Erreichung des angestrebten Zweckes nützlich erscheint. Es steht jedoch zu hoffen, daß der Appell nicht vergeblich ist. Gerade durch die gewalttätigen Unterdrückungsversuche der Reichenbarone ist der Beweis für die Notwendigkeit der Organisation erbracht.

Kleines Feuilleton

— Chinesischer Handel im Mittelalter. Zwei der besten Kenner der chinesischen Kultur und Geschichte, Professor Friedrich Hirth an der Columbia-Universität und der Forschungsreisende Rothchild, haben einen wichtigen Beitrag zur Aufklärung der Stellung Chinas zu den anderen Ländern der Erde im Mittelalter geleistet, nämlich die Uebersetzung des chinesischen Werkes des Chaujufua, das einen ausführlichen Einblick in den Handel zwischen den Chinesen und Arabern während des 12. und 13. Jahrhunderts gewährt. Wir entnehmen dem Reichsanzeiger darüber folgendes: Die Chinesen haben einen überreichen Handel selbst nur dann getrieben, wenn keine leuchtende Nation des Westens ihn vermitteln wollte. Sobald fremde Seefahrer in ihren Häfen erschienen, stellten sie selbst ihre Unternehmungen zur See gern wieder ein. Die Pioniere des Westens in China waren die Araber, die erst sehr viel später nach der Entdeckung des Seeweges nach Ostindien durch die Portugiesen und dann auch bald durch andere seefahrende Völker ersetzt wurden. Aus der Uebersetzung des erwähnten Werkes ergibt sich eine Fülle neuer Kenntnis über den chinesischen Handel im späten Mittelalter. Kanton war damals der Platz, der sich ausschließlich den Verkehr mit den Fremden beherrschte und auch von der chinesischen Regierung um dieses Vorrangs willen unterstützt und gepflegt wurde. Die Einfuhr in Kanton wurde eigenmächtig gehandhabt. Alle Importeure sollten möglichst gleichgestellt werden. Deshalb blieben die Waren solange in den Staatskellern, bis das letzte Schiff der Handelsflotte eingelaufen war. Erst dann wurden die Güter den Besitzern zum Verkauf ausgeliefert, indem die Regierung 30 v. H. als Zollabgabe zurückbehielt. Dadurch wurde es verhindert, daß die ersten Ankömmlinge den Vorteil des Marktes zum Schaden derer wahrnehmen konnten, die durch eine längere Reise oder durch Unbill der Witterung erst später in den Hafen gelangt waren. Die Begünstigung der Einfuhr durch die Regierung verursachte ein so starkes Zustromen von Waren, daß sie sich bereits gegen Ende des 10. Jahrhunderts nicht immer leicht unterbringen ließen. Sogar solche Kostbarkeiten wie Elefantenzähne, Rhinoceroshörner, Perlenschnüre, Weihrauch, aromatische Stoffe und dergleichen fielen in wenig mehr als hundert Jahren auf das Fehlschlagen des Betrages. Die Regierung begnügte sich infolgedessen auch dauernd mit dem erwähnten Anteil am Wert, ohne ihn zu steigern. Schmuggel wurde freilich aufs strengste bestraft, und wer die chinesischen Strafen kennt, wird sich nicht wundern, daß die Handelsleute die Bestimmungen nicht zu verletzen wagten. Das Werk enthält auch viele fesselnde Mitteilungen über die Erzeugnisse und Sitten anderer Teile des fernen Orients. So wird von dem König von Kambodja berichtet, daß er 2000 Kriegselefanten und dazu vier große Elefanten aus Bronze besaß, die als Wächter vor einem gleichfalls aus Bronze hergestellten Tempel seiner Hauptstadt standen. Sein Thron war aus sieben Stoffen verfertigt, die damals als der Inbegriff aller Kostbarkeiten galten. In Annam zeigte sich der König vor

seinem Volk nur auf diesen Elefanten reitend. Er war von einer Amazonengarde von dreißig Jungfrauen umgeben, die mit Schwertern und Schild bewaffnet waren. Sehr kriegerisch kann das Volk dieses Königs aber kaum gewesen sein, denn es wurde für nötig befunden, vor einer Schlacht die Truppen zu je fünf aneinander zu binden. Versuche einer von diesen die Flucht zu ergreifen, so wurden alle fünf zum Tode verurteilt. Die größten Wunder werden von den Schönen Ceylons berichtet. Der Palast des Königs, der in seiner Bekleidung und in seinem ungekammten Haar sonst einer recht unansehnlichen Einbrecher gemacht haben muß, war mit Ragenaugen, blauen und roten Edelsteinen, Korallen und anderen Juwelen verziert und sogar der Fußboden nahm an seinem Schmuck teil. In jedem der beiden Flügel des Palastes befand sich ein Baum, dessen Stamm und Zweige aus saurem Gold verfertigt waren, während die Blätter, Blumen und Früchte wieder aus Edelsteinen gebildet waren. Der König hielt, wenn er auf dem Thron saß, einen Edelstein in der Hand, der fünf Zoll im Durchmesser hatte und selbst bei Nacht wie eine Fackel geleuchtet haben soll. Ihm wurde außerdem die wunderbare Eigenschaft zugeschrieben, dem König, der bereits über neunzig Jahre alt war, ein jugendliches Aussehen zu bewahren, wenn der Herrscher sein Gesicht täglich mit dem Stein rieb.

— Der Roman von Tampico. Die mexikanische Hafenstadt Tampico, die so plötzlich in den Vordergrund der politischen Ereignisse in dem unglücklichen Mexiko gerückt ist, ist ein lebendes Beispiel für die Romantik modernen industriellen Aufschwunges. Ein ausgezeichnete natürlicher Wasserweg, der durch das Herz einer der fruchtbarsten Regionen der Erde führt, gab der Stadt von Anfang an den Vorteil, den Handel und den Verkehr des Staates Tamaulipas auf sich zu lenken. Die Unternehmungen weißfledender Eisenbahnpetulantien brachten schnell den Beweis dafür, wie klug es war, die Stadt durch einen Schienenstrang mit dem Hinterland zu verbinden, von dem mit Recht so vieles erhofft wurde. Aber der große Aufschwung Tampicos kam im Zusammenhang mit den Petroleumbohrungen und dem Petroleumhandel. Seit zehn oder zwölf Jahren begannen die Bohrungen, die die besten Ergebnisse gaben, und sofort tauchten auch die Kapitalisten auf, die die große Zukunft eines Teiles von Mexiko erkannten und bereit waren, ihr Geld dort anzulegen. Wie groß dieses Vertrauen war und wie großzügig die Kapitalisten vorgingen, erhellt vielleicht am deutlichsten aus der Tatsache, daß im Laufe der letzten Jahre in Tampico und seinem Hinterland nicht weniger als rund eine Milliarde Mark investiert wurde. Im Vordergrund stehen dabei wohl die Amerikaner, jedoch im scharfen Wettbewerb mit den Briten, deren Interessen in jener Gegend auf über 300 Millionen Mark beziffert werden. Obgleich der größte Teil dieses Milliardenlegens in Schürf- und Bohrungsrechten, sowie in Landpachtungen angelegt wurde, konnte naturgemäß ein gewaltiger Aufschwung des Handels und der Industrie nicht ausbleiben. Nur ein Beispiel: Noch 1907 betrug die Petroleumernte rund eine Million Fässer; 1913 war die Ziffer bereits auf 16 Millionen emporgeschneit. Und dabei ist die Ausnutzung der mexikanischen Petroleumfelder noch in ihren Anfängen! Tampicos Zukunft ist unlösbar mit der Weiterentwicklung der Petroleumindustrie verknüpft, aber die Stadt verfügt noch über andere unabsehbare Hilfsquellen. Sie liegt etwa sechs englische Meilen von der Mündung des Panucoflusses entfernt; an einer Stelle, wo Schiffe von mehr als sieben Metern Tiefgang Einfuhr haben. Das weiter südlicher liegende Tuxpan bietet größeren Schiffen nicht entfernt die gleichen Möglichkeiten. Der Hafen von Tampico ist weitergeschützt, und so konnte es nicht ausbleiben, daß er in kurzer Zeit den größten Teil des Küstenhandels an sich zog. Die schnell zunehmende Bevölkerung der Stadt enthält eine unverhältnismäßig hohe Anzahl englisch sprechender Einwohner; in der Tat ist der Prozentsatz anlässiger Amerikaner und Engländer nirgends so groß wie in dieser Gegend Mexikos. Ueber den Hafen von Tampico läuft der ganze Export der Nachbargemeinden, die ungewöhnlich fruchtbar sind und Zucker, Kaffee, Kautschuk und Erze ausführen. Die günstigen Bodenverhältnisse machen für die nächsten Jahre das Ausblühen eines großen Obst- und Gemüsehandels zur Sicherheit. Hierbei kommt die Schiffbarkeit der Wasserwege der Stadt zugute.

Aus der Partei

Zur Verhaftung des Genossen Karst.

Wie uns gemeldet wurde, ist Genosse Karst gegen Hinterlegung einer Kaution von 10 000 Mark aus der Haft entlassen.

Brot

das wichtigste Nahrungsmittel, beziehen Sie in besten Qualitäten, in technisch u. hygienisch vollendeter Herstellung, für jeden Geschmack passend, durch unsere Niederlagen, erkennlich an den

Blauen Schildern.

1228

Danziger Brotfabrik a.m.b.H.

Telephon 380. Kolkowgasse 15. Telephon 390.

der Kirchenaustritt nicht vollzogen werden kann. Mit ehernen Klammern sucht der Staat das Volk an die Kirche zu fesseln, da, wenn es auf den freien Willen ankäme, die Massen im Sturmsturm der Kirche den Rücken kehren würden.

Griechenland.

— Erfüllung griechischer Wünsche. Die Großmächte sind geneigt, Albanien zu empfehlen, den griechischen Vorschlag in Erwägung zu ziehen, der die Anstellung von aus Nord-Epirus stammenden Griechen als Gendarmen in Süd-albanien betrifft. Die Mächte sind geneigt, ihren ganzen Einfluss bei der Türkei aufzubieten, damit die griechische Bevölkerung in Ambrona, Laneros und Kastellorizo wirksame Garantien erhalten, die zum Schutz ihrer religiösen Interessen und Schulen notwendig sind. Was den Grundbesitz der Neutralität des Kanals von Korfu betrifft, erklären die Mächte, daß sie bereit sind, an einem internationalen Lieberkommen teilzunehmen, das die Bedingungen darüber feststellt. Die Mächte leben dem Hindernis darin, daß der Plan einer Verichtigung der griechisch-albanischen Grenze in der Gegend von Argirocastro wirksam werde. Dagegen halten sie die Linie für die Grenze bei Korfu aufrecht, ohne jedoch, wenn einmal die endgültige Feststellung der Frage erfolgt, einer Ueberprüfung Widerstand zu leisten, sofern die Wünsche Griechenlands sich mit den angegebenen Grenzlinien vereinbaren lassen. Bezüglich der ägäischen Inseln, die Griechenland zugesprochen wurden, werden die Mächte ihren freundschaftlichen Einfluss auf die Türkei dahin ausüben, daß Griechenland im Besitz dieser Inseln nicht gestört wird und das die gemeinsame Entscheidung Europas von der Türkei beachtet wird. Die Vertreter der Mächte empfehlen hierauf Griechenland mündlich die Räumung des Nord-Epirus. Benizelos antwortete am Freitag, er werde hierüber sofort entsprechende Befehle erteilen!

Danziger Nachrichten

Was müssen die Arbeiter vom preussischen Einkommensteuergesetz wissen?

II.

Was ist nicht abzugsfähig?

Nicht abzugsfähig sind insbesondere: 1. Verwendungen zur Verbesserung und Vermehrung des Vermögens und zu Geschäftserweiterungen, sowie persönliche Steuern. Auch die Prämie für Feuerversicherung des Mobiliars ist nicht abzugsfähig. 2. Die zur Bestreitung des Haushalts der Steuerpflichtigen und zum Unterhalt ihrer Angehörigen gemachten Ausgaben, insbesondere alle Aufwendungen zur Befriedigung persönlicher Bedürfnisse, wie die für Wohnung, Nahrung, Kleidung, Bedienung, Pflege und Erziehung. Dazwischen fallen auch die Kosten für die Führung des Hausstandes, wenn Mann und Frau zur Arbeit gehen. Aufwendungen zur Erfüllung einer gesetzlichen Unterhaltungsspflicht gegen Angehörige sind auch dann nicht abzugsfähig, wenn sie diesen durch Privatrechtstitel (Vertrag, Verschreibung) zugesichert sind. 3. Die Alimten für uneheliche Kinder, für eheliche Kinder nach aufgehobener elterlicher Gewalt und für eine getrennt lebende Ehefrau.

Was wird dem Einkommen des Steuerpflichtigen hinzugerechnet?

Dem Einkommen des Steuerpflichtigen wird hinzugerechnet: 1. Das Einkommen seiner Ehefrau, ohne Berücksichtigung des Güterrechts. Lebt die Ehefrau dauernd getrennt von dem Ehemann oder betreibt sie ein eigenes Gewerbe, dann wird sie selbstständig veranlagt, wenn ihr Einkommen mehr als 900 Mark beträgt. 2. Der Ertrag aus der Nutzung des Vermögens (Zinsen) seiner Kinder bis zu deren Großjährigkeit oder Verheiratung. Ausgenommen hiervon ist das freie Vermögen der Kinder, nämlich: a) alles, was das Kind durch seine Arbeit oder durch den selbständigen Betrieb eines Erwerbsgeschäfts erwirbt; b) was das Kind von Todes wegen erwirbt oder was ihm unter Lebenden von einem Dritten unentgeltlich zugewendet wird, wenn der Erblasser durch letztwillige Verfügung, der Dritte bei der Zuwendung bestimmt hat, daß das Vermögen der Nutzung entzogen sein soll. Unter das freie Vermögen der Kinder fallen auch die Einkünfte der Kinder erster Ehe einer wiederverheirateten Frau. Diese Renten können also dem Steuerpflichtigen nicht hinzugerechnet werden.

Wann tritt Ermäßigung oder Freistellung von der Steuer ein?

Ermäßigung tritt ein: 1. Bei Gewährung von Unterhalt für Familienangehörige. Gewährt nämlich ein Steuerpflichtiger, dessen Einkommen den Betrag von 6500 Mark nicht übersteigt, Kindern oder anderen Familienangehörigen auf Grund gesetzlicher Verpflichtung Unterhalt, so werden die drei Stufen bei 5 oder 6 Familienangehörigen. Für je zwei Steuerjahre ermäßigt um eine Stufe bei 2 (bei einem Kinde tritt keine Ermäßigung ein), um zwei Stufen bei 3 oder 4, um weitere Familienangehörigen tritt eine Ermäßigung um eine weitere Stufe ein. Bei der Berechnung der Familienangehörigen werden nicht berücksichtigt die Ehefrau des Steuerpflichtigen und diejenigen Kinder und Angehörigen, welche das 14. Lebensjahr (bei Beginn des Steuerjahres, d. i. der 1. April) überschritten haben und entweder im landwirtschaftlichen oder gewerblichen Betriebe des Steuerpflichtigen dauernd tätig sind oder ein eigenes Einkommen von mehr als der Hälfte des ortsüblichen Tagelohns nach ihrer Altersklasse und nach ihrem Geschlecht haben. Die Gewährung von Unterhalt muß auf Grund gesetzlicher Verpflichtung erfolgen und den gesamten Lebensunterhalt umfassen. Lediglich eine Unterstützung, die jemand freiwillig leistet, berechtigt hierbei nicht zur Ermäßigung des Steuerjahres. Wer eine Witwe mit Kindern vor Beginn des Steuerjahres heiratet, hat ebenfalls Anspruch auf Ermäßigung.

2. Bei außergewöhnlicher Belastung des Steuerpflichtigen durch a) Unterhaltung und Erziehung der Kinder, b) Ver-

pflichtung zum Unterhalt mittelloser Angehöriger (auch bei freiwillig übernommener Verpflichtung), c) andauernde Krankheit (auch bei Krankheit der Familienangehörigen), d) Verschulung, e) besondere Unglücksfälle (Brandkatastrophen, Ueberschwemmung usw.). Solche, die Leistungsfähigkeit des Steuerpflichtigen wesentlich beeinträchtigende wirtschaftliche Verhältnisse können bei der Veranlagung beruht berücksichtigt werden, daß bei einem Einkommen von nicht mehr als 12500 Mark eine Ermäßigung der Steuerjahre um höchstens drei Stufen gewährt wird. Hier wird von der Steuerbehörde von Fall zu Fall entschieden. Der verheiratete Arbeiter hat mehr Aussicht auf Herabsetzung der Steuerstufe, als der unverheiratete. Bei letzterem muß die Belastung mindestens ein Fünftel des Einkommens betragen.

3. Bei Verminderung des Einkommens. Hierbei ist aber Voraussetzung, daß sich das Einkommen während des laufenden Steuerjahres um mehr als den fünften Teil vermindert hat und diese Verminderung infolge des Wegfalles einer Einnahmequelle oder infolge außergewöhnlicher Unglücksfälle eingetreten ist. Der Wegfall einer Einnahmequelle liegt u. a. vor bei ununterbrochener, mehr als zehn Wochen andauernder Arbeitslosigkeit (nicht aber beim Sinken der Löhne), bei Herabsetzung oder Einstellung einer Rente, wenn dadurch das Einkommen um mehr als ein Fünftel vermindert wird. Als außergewöhnliche Unglücksfälle kommen Krankheits- oder Todesfälle in der Familie und Naturereignisse in Betracht. Die Berechnung der Verminderung des Einkommens erfolgt in der Weise, daß das Jahreseinkommen vom Zeitpunkt der Verminderung ab bis zum Schlusse des Steuerjahres mit demjenigen verglichen wird, nach welchem der Steuerpflichtige für die Zeit bis zum Eintritt der Verminderung veranlagt war.

4. Weiter tritt Freistellung von der Steuer u. a. ein: beim Ableben des Steuerpflichtigen; beim Verzug eines Preußen nach einem andern deutschen Staate oder einem deutschen Schutzgebiet; oder nach Helgoland (in Helgoland gilt das preussische Einkommensteuergesetz nicht) oder nach Österreich; beim Verzug eines nichtpreussischen Staatsangehörigen aus Preußen; nach Ablauf eines zweijährigen Zeitraumes, während dessen ein Preuze sich ununterbrochen im Auslande aufgehalten hat; bei Friedensübungen für die Dauer der Übungszeit (aber nur von der Staats-, nicht auch der Gemeindesteuer). Durch den Eintritt in das Heer oder die Marine zur Ableistung der Militärpflicht erlischt die Steuerpflicht.

Die Ermäßigung der Steuer erfolgt nur auf Antrag. Der Antrag ist beim Vorliegen der Veranlagungskommission zu stellen und ist nur zulässig bis zum Ablauf des dritten Monats (30. Juni) nach dem Schlusse desjenigen Steuerjahres, in dem die Einkommensverminderung eingetreten ist. Die vorstehend unter Nr. 4 erwähnten Freistellungen dagegen sind von Amts wegen zu bewirken. Es empfiehlt sich jedoch, auch hierbei einen Antrag zu stellen. Wird in den unter Nr. 1 und 2 dieses Abschnittes bezeichneten Fällen eine Ermäßigung gewährt, so bleibt diese bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeiträge für Wahlzwecke, z. B. beim Dreiklassen- und Zensuswahlrecht, außer Betracht. In solchen Fällen muß also stets der Steuerbetrag angerechnet werden, den der Steuerpflichtige zu entrichten gehabt hätte, wenn ihm keine Ermäßigung gewährt worden wäre.

Wochenbericht des Statistischen Amtes der Stadt Danzig.

Nr. 16. Woche vom 12. bis 18. April 1914.

1. Geburten der Vorwoche:

	lebend	tot	überb.
männlich	62	2	64
weiblich	62	1	63
zusammen	124	3	127
darunter uneheliche	20	—	20
4 Fälle mit Mehrgewurten	7	1	8

Die unehelichen Geburten sind 15,7% der Totgeburten 2,4% der Gesamtzahl.

2. Zahl der Eheschließungen: 36.

3. Sterbefälle (ohne Totgeburten):

	abgelaufen	habe noch
1. Kindbettfieber	—	—
2. Scharlach	2	—
3. Masern und Röteln	—	—
4. Diphtherie und Krupp	1	—
5. Keuchhusten	—	—
6. Typhus	1	—
7. Tuberkulose	9	—
7 a. Krebs	5	—
8. Krankheiten der Atmungsorgane (auschl. 4, 5, 7)	7	1
9. Magen- und Darmkatarrh, Brechdurchfall	4	3
10. Geweissamer Tod	1	—
11. Alle übrigen Todesursachen	41	16
zusammen	71	20
darunter: männlich	33	11
weiblich	38	9

4. Meldungen von Infektionskrankheiten: Eingekammerte Zahlen bedeuten außerhalb Danzigs Erkrankte und nach Danzig überführt. Scharlach 11 (3), Diphtherie und Krupp 4 (1), Unterleibstypus 1 (1), Kindbettfieber —.

5. Fremde sind polizeilich gemeldet: insgesamt 1215, davon aus Rußland 9, Österreich 5, Italien 3, Norwegen, Holland, Frankreich, Amerika und Schweiz je 1.

6. Polizeiliche Meldungen der Zu- und Fortzüge:

	männl.	weibl.	abgelaufen	habe noch
Ungezogene innerhalb der Stadt	1292	1621	2013	331
Zugezogene von auswärts	491	580	1081	257
Fortgezogene nach auswärts	341	324	665	258
zusammen	1442	1881	3759	534

7. Auf das Jahr und 1000 Einwohner berechnet betrug die Zahl der Geborenen einschl. Totgeburt 36,3 (Vorwoche 32,0) betrug die Zahl der Sterbefälle einschl. Totgeburt 21,1 (Vorwoche 24,3) betrug die Zahl der Eheschließungen 10,3 (Vorwoche 12,9).

Schwurgericht.

1. Stillschleichen. Das Schwurgericht Danzig verurteilte am Sonnabend gegen Ziegeleiarbeiter Anastasius Etmanowski aus Schöneck, zurzeit in Haft, wegen verurteilter Notzucht. Der 22 Jahre alte Angeklagte hat am 29. November v. Js. auf der Chaussee Schöneck-Mobrowshorst versucht, eine 61 jährige Lehrerin zu vergewaltigen. Die Tat kam nicht zur

Ausführung. Die Sache beschäftigte schon die Schwurgerichtsperiode im Februar v. Js. Es stiegen berechnete Zweifel an der Zurechnungsfähigkeit des Angeklagten auf. Deshalb beschloß das Gericht, die Angelegenheit zu verlagern und den Etmanowski in der Irrenanstalt Neustadt beobachten zu lassen.

In der Verhandlung am Sonnabend wurde der Angeklagte eingehend über seine persönlichen Verhältnisse befragt. Die Antworten und der Gesamteindruck des Angeklagten bestätigten die Vermutung, daß E. geisteskrank ist. Die ärztlichen Sachverständigen erklärten den Angeklagten für geisteskrank und billigte ihm den Schutz des Paragraphen 51 des Strafgesetzbuches zu. Das Verfahren wurde eingestellt. Etmanowski wurde einer Irrenanstalt übergeben.

Die Öffentlichkeit war während der Verhandlung ausgeschlossen.

Das Schöffengericht verurteilte die Arbeiterfrau F. wegen Kuppelei zu sechs Wochen Gefängnis. Sie hatte an Prostituierte Wohnungen vermittelt. Der mitangeklagte Ehemann der F. wurde freigesprochen.

Weiter wurden drei Unternehmer, die schulpflichtige Kinder über die gesetzlich zulässige Zeit hinaus beschäftigt hatten, wegen Uebertretung des Kinderschutzgesetzes mit Geldstrafen bis zu 20 Mark bestraft.

Wir werden in Zukunft diesen Fällen mehr Interesse entgegenbringen, damit die Liebhaber der billigen Kinderarbeit in der Arbeiterkassette bekannt werden.

Seinen Wochenlohn verbrachte der Arbeiter G. in Langfuhr. Als die Frau ihm Vorwürfe machte, versuchte er sich mit Kysel zu vergiften. Er nahm jedoch zu wenig Gift zu sich und wird daher mit dem Leben davontommen.

Zwei Dachstuhlbrände haben in den letzten Tagen das Eingreifen der Feuerwehr nötig gemacht. Im Hause Langgasse 1 brannten in der Nacht zu Sonnabend eine Schneidwerkstatt und einige Bodenkammern aus. Am Nachmittag vorher zerstörte ein Feuer den Dachstuhl der Häuser Wellengang 7b und 7d. Menschenleben sind in beiden Fällen nicht in Gefahr gekommen; doch haben bei dem Feuer auf dem Wellengang mehrere arme Familien schweren Schaden erlitten.

Danziger Standesamt vom 25. April.

Danzig.

Todesfälle: T. d. Steuermanns Julius Wankowski, 4 M. — T. d. Fiskiers Anton Etmanowski, 1 Ebd. — Frau Marie Kautenberg, geb. Horn, 66 J. — Witwe Johanna Siehring, geb. Hafer, 69 J. 7 M. — Arbeiter Eduard Scharfenorth, fast 78 J. — T. d. Straßenbahnhilfsfahrers Eduard Schumbe, 6 M. — Frau Emilie Kante, geb. Bleich, 26 J. 1 M. — Frau Marie Lukasiewicz, geb. Behling, 50 J. 10 M. — Frau Auguste Reib, geb. Meyer, 35 J. 6 M. — S. d. Arbeiters Hermann Bertram, 11 J. 3 M. — Witwe Wilhelmine Dyle, geb. Buchholz, 68 J. 1 M. — Kaufmann Eduard von Riesen, 50 J. 5 M. — S. d. Friseurs Franz Komowski, 2 M. — Arbeiter Karl Hennig, 34 J. 10 M. — S. d. Arbeiters Gustav Kammann, 8 Ebd.

Danzig-Langfuhr.

Todesfälle: S. d. Bahnwärters Johann Kosowski, 2 T. — Witwe Anasie Roed, geb. Brandt, 94 J. 8 M. — Witwe Juliane Monien, geb. Kallisch, 59 J. 4 M. — Unschick: 1 Sohn.

Polizeibericht vom 25. April 1914.

1. Verhaftet: 11 Personen, darunter 1 Person wegen Diebstahls, 2 Personen wegen Betruges, 6 Personen wegen Trunkenheit. 2. Obdachlos: 5 Personen. 3. Gefunden: 1 Taschenmesser mit braunen Schalen, abgehoben vom Fundbureau des Königl. Polizeipräsidiums; 1 Schildfornette mit goldener Kette, abgehoben von Frau Dr. Schner, Baumhofallee 2; 1 ca. drei Meter lange Stange Randeisen, abgehoben von Herrn Alfred Krause, Betischowstraße 21; 1 Wellenfisch, abgehoben von Herrn Thaddäus Juralski, Holzmarkt 27—28; 1 schwarz- und weißgefleckter Terrier, abgehoben von Frau Marie Guth, Hohe Seigen 5, Hof. 4. Verloren: 1 Portemonnaie, enthaltend 47 Mark, einen Gutschein, eine Photographie, eine Kette und ein Armband mit einem Opal; 1 grüner Sammetpompador, enthaltend ein Portemonnaie mit 90 Mark, ein Notizbuch und ein Taschenmesser; 1 braunes Portemonnaie mit vier Pfandscheinen, auf den Namen Schmidt lautend; 1 schwarzseidener Damenschirm mit gerader Naturkrücke; 1 braune Zigarrenkassette mit Zigarren; 1 goldene Damenuhr mit kurzer, goldener Kette; 1 lange silberne Gürtelnadel mit großem Bernstein; 1 goldenes Kettenarmband mit Verschlusshebel, abzugeben im Fundbureau des Königl. Polizeipräsidiums.

Aus der Partei

— Genosse Karski verhaftet. Am 19. Januar erschien in der Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung ein Artikel des Genossen Karski über die Vorgänge in Jabern, in welchem der Militarismus kritisiert und unsere Willkürforderung vertreten wurde. In diesem Artikel, welcher lediglich das herrschende System kritisierte, erblachte die Staatsanwaltschaft in Kiel merkwürdigerweise eine Verleumdung der Angehörigen des preussischen Heeres, insbesondere der Offiziere und Unteroffiziere. Der Kriegsminister stellte Strafantrag; und sowohl gegen den Redakteur des Kieler Volksblattes, den Genossen König, wie auch gegen den Genossen Karski wurde ein Verfahren eingeleitet. Während des Ermittlungsverfahrens wurde der Genosse Karski plötzlich verhaftet, und zwar lediglich deshalb, weil er russischer Staatsangehöriger ist. Diese Verhaftung ist schon deshalb aufs schärfste zu verurteilen, weil ja gerichtsnotorisch sein dürfte, daß Sozialdemokraten sich einem Prozesse und einer Verurteilung niemals durch die Flucht entziehen, und weil Genosse Karski schon seit vielen Jahren in Deutschland seinen Wohnsitz hat und der deutschen Bewegung fast seine ganze Kraft widmet. Trotzdem ist der Haftentlassungsantrag, den die Rechtsanwältin Dr. Kurt Rosenfeld-Berlin und Spiegel-Riel gestellt haben, abgelehnt worden. Nicht einmal gegen Kaution will man unsern Genossen von der Untersuchungshaft befreien. Natürlich ist gegen diese Entscheidung sofort die Beschwerde eingereicht worden, und es ist zu erwarten, daß Genosse Karski, der sich nun schon zwei Wochen in Haft befindet, endlich auf freien Fuß gesetzt wird.

Hierzu eine Beilage.

Heute und folgende Tage in allen Abteilungen des Hauses

Außerordentlich
vorteilhafte
Angebote in fast
allen Abteilungen
des Hauses!

Grosser Sonder-Verkauf!

Eine Veranstaltung größten Stils!

Beachten Sie bitte
die Sonderauslagen
in unseren
20 Schaufenstern
und Schaukästen!

Kleiderstoffe

Blaugrüne Schotten	95
feine Wolle, schwere Qualität, Meter	
Schwarz-weiße Karos	195
in farb. Leberkaros, ca. 110 cm br. Meter	
Cotelé	135
zweifarbige, doppelseitig, Meter	
Cotelé	165
gefeintes Farbensortiment, reine Wolle, Meter	
Kammgarn	195
grosstes Farbensortiment, fein, ca. 105 cm breit, Meter	

Kleiderstoffe

Crape	95
Prima Wolle, elegante Reiselinie, Meter	
Eolonne Jaquard	390
hochleg., halbseit. Gewebe, ca. 110 cm br. Meter	
Eolonne	245
eleg. halbseit. Gewebe ca. 100 cm breit, Meter	
3 Serien elegante Blusenstoffe	95
1.95 1.25 Mk.	
Kostümstoffe	195
eleg. schwarz, Qualität, 150 cm breit, Meter	

Wäsche, Schürzen

Damen-Hemden	125
aus gutem Hochsaum und Langue, Meter	
Damen-Hemden	150
aus starkem, Hemdentuch mit handgestickter Medallion-Passe	
Prinzeß-Unterröcke	475
mit Stickerel-Volant und Banddurchzug	
Untertaillen	95
mit guter Stickerel, reich garniert, Meter	
Blusen-Schürzen	78
aus gutem, Stoff mit türkischer Borte garniert	
Blusen-Schürzen	110
aus prima Stoff, mit eleganter Borte, gut sitzende Form	
Tee-Schürze	75
aus buntem Stoff, sehr reich mit Spitze garniert, Meter	
Tee-Schürze	85
weiss, ganz aus Stickerelstoff, Meter	

Damen-Putz

Champ. od. weisser Basthut	750
mit Laubranke u. Bandschlappen, garniert, Meter	
Jugendlicher Damenhut	550
seitwärts Aufschlag mit Rosen- ranke, hinten breite Samtschleife	
Moderne Backfischglocke	595
mit gestreift, Seidenbandschleife od. voll. Rosette, in versch. Farben	
Champ. Spitzenhut	850
mit Filzterranke u. voller Seiden- bandrossette garniert, Meter	
Schwarze Strausfedern	1575
vorzügliche, breite Halbware, 25 cm lang, 25 cm breit, Meter	
Halblange Amazonen	1000
gute Qualität, tiefschwarz, 45 cm lang, 22 cm breit, Meter	

Moderne Waschstoffe

zu beispiellos billigen Preisen.

Crepon	in modernen Farben, Meter	48
Crepon	mitte fleurs, Meter	55
Voiles	entzückende Dessins, Meter	95

Damen-Konfektion

Kostüm-Röcke	165
aus farbigen Stoffen mit hübscher Verzierung, 2.90 Mk.	
Wasch-Unterröcke	95
aus ge- streiften Stoffen mit Volant, 1.35 Mk.	
Tuch-Kimonos	975
in verschiedenen Farben	
Kostüme	975
aus verschiedenen farbigen Stoffen, b. T. auf Schenkel, Meter	
Schwarze Jacken	1075
aus gutem Kammgarn, auf Futter, Meter	
Musseline-Kleider	1075
aus reinwollenen Stoffen in hü- bschen Mustern, versch. Macharten	
Mäntel und Jacken	1850
aus gutem, schw. Tuch, auch für starke Damen vorrätig	
Matinees	145
aus gutem Crepon, in vielen Farben, Geisha-Fasson, Meter	
Matinees	270
aus gut. Creponstoff in verschieden hübschen japanischen Dessins, Geisha-Form	
Morgenröcke	590
aus guten Cre- ponstoffen in sehr hübschen japan. Farben	

Handschuhe, Strumpfwaren und Sommer-Unterzeuge

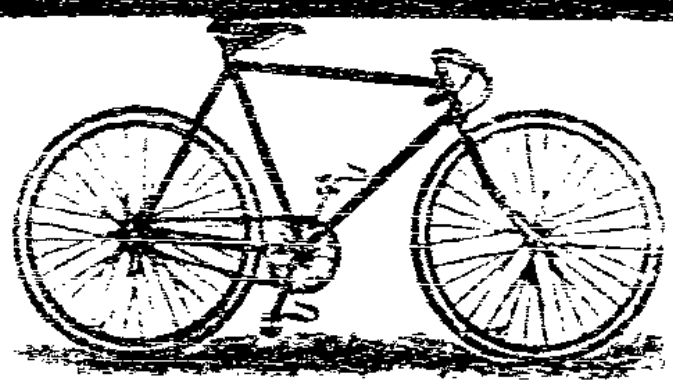
Damen-Handschuhe	40
imitiert Leinen, in allen modernen Farben, Paar	
Damen-Handschuhe	75
mercerisiert, 2 Druckknöpfe, schwarz und alle modernen Farben, Paar	
Damen-Handschuhe	95
prima Leinen, 2 Druckknöpfe, in den modernen Farben, Paar	
Herren-Handschuhe	75
bester Leinenersatz, mit Druckver- schluss in allen Farben vorrätig, Paar	
Damen-Strümpfe	45
engl. lang, halbdurchbrochen, schwarz und leder, Paar	
Herren-Schweißsocken	18
für empfindliche Füße Paar 45 und	
Herren-Socken	38
einfarbig, Ringel und gestreift, auch bestickt in guten Qualitäten, Paar	
Damen-Directoire-Beinkleider	75
in allen Farben Paar 95 und	
Damen-Hemd hose	95
(Kombination) gestrickt, mit und ohne Einseitig, 1.25 Mk. und	
Herren-Hemden	125
gute, solide Makkogewebe mit Achsel- und Vorderschluss, Meter	
Herren-Hosen	120
gute, solide Makkogewebe, Meter	
Kinder-Sweater	58
mit Ausschnitt und Halbhärmel 78, 68, 58, Meter	

Zum Aussuchen	Gewaltige Posten
Damen-Strümpfe	75
bestehend aus nur vorzüglichen Qualitäten, Makko, Fior, Musseline etc., mit ventilierter Sohle u. Hochfäse, schwarz u. in allen modernen Schuhfarben, Paar	

Gehr. Freymann

G.m.b.H. • Danzig • Kohlenmarkt 27-29.

Sensationell!
Ca. 2000 Stück
Silber-Artikel
Herren-, Damen- und Kinder-Ringe, Nadeln, Broschen, Messer und
Manschettenknöpfe
Serie I 68 Serie II 95 Pf.



Grosses Lager in Fahrrädern
Zubehör und Ersatzteilen. Nähmaschinen, vor- und
rückwärtsgehend. Eigene Reparaturwerkstätte
für Fahrräder und Nähmaschinen. Teilzahlung gestattet.
Wer wirklich gut bedient sein will, der kaufe nur in der
Danziger Fahrradzentrale
Ernst Röhl, Breilgasse 56.

Patent-Reform-Gebiß



Haltbarer Zahnersatz ohne jede Platte
Behindert nicht den Geschmack und sitzt fest
im Munde. Ich mache darauf aufmerksam, daß
ich allein in Zoppot und Danzig das Recht
habe, das Patent-Reform-Gebiß anzufertigen.
Bei Bestellungen künstl. Zähne Zahnziehen mittelst Betäubung kostenlos. — Zahnziehen in ört-
licher Betäubung 1 Mk. — Viele Dankschreiben v. mein. Patienten über schmerzloses Zahnziehen.
„Institut für Zahnleidende“
I. Praxis: Sprechstunden: 8—8 Uhr, Sonntag: 9—2 Uhr. Danzig, Pfefferstadt 71, 1 Tr., Tel. 2621
II. Praxis: Sprechstunden: 9—1, 3—7 Uhr, Sonntag: 9—1 Uhr. Zoppot, Seestraße 25, 1 Tr.

190 Zähne
ohne Zahndruckung, für jeden Kaufschuß, platte,
10-jährige Garantie für Haltbarkeit

Als Zahne 1.80 Mk. liefere ich schon Zähne
mit echten Platinstiften: in geeigneten Fällen
Diatorex. Dieses sind Zähne, für welche ander-
weitig 3 und 4 Mk. bezahlt werden müssen.
Plomben billiger. Reparaturen an 1 Mk. Um-
arbeitung nicht passender Gebisse schnell
und billigst. Nervtötung 1 Mk.
Als Zahne 1.80 Mk. liefere ich schon Zähne
mit echten Platinstiften: in geeigneten Fällen
Diatorex. Dieses sind Zähne, für welche ander-
weitig 3 und 4 Mk. bezahlt werden müssen.
Plomben billiger. Reparaturen an 1 Mk. Um-
arbeitung nicht passender Gebisse schnell
und billigst. Nervtötung 1 Mk.

50.000 Paar Schuhe
4 Paar Schuhe für nur
Mk. 8.50

Wegen Zahlungsstockung mehr-
grossen Fabriken wurde ich be-
auftragt, einen grossen Posten
Schuhe tief unter d. Erzeugungs-
preis loszuschlagen. Ich verkaufe
daher an jederm. 2 Paar Herren-
und 2 Paar Damen-Schnür-Schuhe,
Leder braun od. schwarz, galo-
schiert, Kappenbesatz mit stark
genageltem Lederboden, hoch-
eleg. neueste Facon, Grösse lt.
Nr. od. cm. Alle 4 Paar kosten
nur Mk. 8.50 Versandt per Nachn.
Erstes Schuh-Exporthaus
H. Zweig, Krakau, Ost. Nr. 179
Umtausch gestattet oder
Geld retour. [279]

Wienischenschlachthaus

Bilder vom kommenden Krieg!
Preis 1.00 Bf.
Volkswehr-Dachhandlung, Danzig, Paradiesgasse Nr. 32
Besondere Drucke 10 Bf.

Damen- u. Herren-Frisier-Salon
F. Klein, Niederre Seigen 17.
Büff. Kinderanzugbühnenstell zu
verkaufen Am Stein 5, 6, 1 Tr.
Für Dreifler 5 Sah Schneidzeug
bill. 3. berl. Anzeig 28, Condy.
Nagelgarni-Sofa nisch billig zu
verf. Kalamant. Anzeig 22, 1.

Arbeiter! Parteigenossen!
Agitiert für eure Zeitung!

Elbing
F. Kuhn, Waffelbr.
Nr. 80,
empfiehlt fein [110]
Hut- und Mützengeschäft.